

*Thomas Riegler*

## DIPLOMATIE UND TERROR: DIE OPERATIONEN DES PLO-GEHEIMDIENSTES 1979 IN DER BRD UND IN ÖSTERREICH



### Thomas Riegler

Dr. phil., freischaffender Historiker in Wien. Letzte Publikation: *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985* (Wien 2010).

Kontakt: [rieglerthomas@hotmail.com](mailto:rieglerthomas@hotmail.com)

### Summary:

#### DIPLOMACY AND TERROR: THE OPERATIONS OF THE PLO AND ITS INTELLIGENCE SERVICE IN WEST GERMANY AND AUSTRIA, 1979

In 1979 several commandos of the Palestinian Liberation Organization's intelligence service were arrested in the Federal Republic of Germany (FRG). They had either transported explosives or scouted targets. Shortly before, an explosion had damaged the Viennese city synagogue – the main suspects in this still unsolved terrorist case were among the Palestinians apprehended in the FRG. The background of this “Palestinian offensive” (*Die Zeit*), which occurred at a time when measures for a political recognition of the “Palestinian problem” had reached a highpoint in Western Europe, is still mysterious. Therefore, these events have so far only been explored by journalists, who usually present their facts without documentation and often contradict each other. The present article reconstructs this telling episode by drawing upon documents from Austrian and German archives. By putting them into context, the main focus is set on secret contacts between the PLO and Western German security services as well as on Austrian chancellor Bruno Kreisky's role in legitimizing both the PLO and its chairman, Yasser Arafat. Furthermore, the PLO will be characterized as a volatile organization, combining competing factions of radicals and moderates. Not only did this inherent polarization fuel the occasional outburst of terrorist violence, but it also led to diplomatic and clandestine activities being pursued simultaneously.

#### DER VERGESSENE ANSCHLAG AUF DIE WIENER SYNAGOGE 1979

Am 22. April 1979 detonierte um 21.58 Uhr eine Bombe im Lichthof der Synagoge in der Wiener Seitenstettengasse Nr. 2. Die Täter waren offenbar erst nach 21 Uhr ungehindert in den Innenhof gelangt, weil das zu diesem Zeitpunkt verschlossene Haustor immer wieder von weggehenden Gläubigen geöffnet wurde.<sup>1</sup> Die Bombe, ein halbes Kilogramm Plastiksprengstoff, war unter zwei Holzregalen versteckt gewesen, die von einem Mieter im Zuge

eines Umzugs an einem Pfeiler der Arkaden des Innenhofs abgestellt worden waren.<sup>2</sup> Die Explosion hatte unmittelbar rechts neben der tragenden Säule ein „ca. 40 x 40 cm großes und 10 cm tiefes Loch“ in den mit Klinkensteinen ausgelegten Boden gerissen, stellten die Ermittler fest: „Durch die freigewordene Druckwelle wurden im Inneren des Hofes aufbewahrte Holzplatten zersplittert, der Türstock im Keller des Nebenhauses aus der Verankerung gerissen und ein Teil des Haustores durch die Wucht der Druckwelle abgerissen und in die Seitenstettengasse geschleudert. Eine große Anzahl der Fensterscheiben des Lichtho-

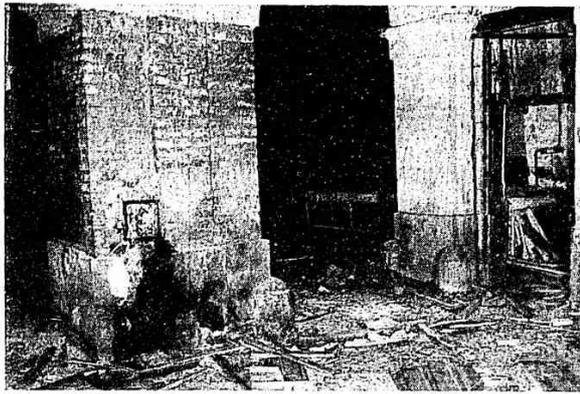
fes und bei den gegenüberliegenden Häusern sind ebenfalls beschädigt. Einem Reporter der Kronen Zeitung erzählte eine Bewohnerin des betroffenen Hauses: „Ich lag schon im Bett, plötzlich gab es einen gewaltigen Knall und eine Erschütterung wie bei einem Erdbeben. Unsere Wohnungstür ging in Trümmer, Mauerbrocken flogen durch die Luft.“ Etwa 80 orthodoxe Juden hatten kurz vor der Explosion das

Bethaus im ersten Stock verlassen. „Wie durch ein Wunder und diesmal ist diese Redewendung wirklich keine Phrase, gab es keinen einzigen Verletzten“, so der Kurier mit dem mahnden Nachsatz: „Aber zwei Frauen und zwei Babys, knapp vier Monate alt, entgingen nur um Haaresbreite dem Tod.“ Die Zerstörungen erinnerten laut Arbeiterzeitung an die Schrecken der „Reichskristallnacht“.

DINENSTAG, 24. APRIL 1979

CHRONIK

5



So sah es nach dem Anschlag im Durchhaus aus — die Bombe hatte eine beträchtliche Sprengkraft

„Adler“ sprach französisch
Anrufer nannte die „Adler der palästinensischen Revolution“ als Verantwortliche

WIEN (AZ). Am 28. September 1973 sorgten die „Adler der palästinensischen Revolution“ in Marceglio für die erste spektakuläre Terroraktion in Österreich. Sonntag nacht richteten sie mit einem Bombenanschlag auf das Haus der israelischen Kultusgemeinde in der Wiener Innenstadt schweren Sachschaden an. Die Bombe explodierte im Hauptflur, und nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß ein verheerendes Explosionsunfall verhindert wurde. Bisher konnte nicht geklärt werden, ob die Attentäter ihre Bombe dort bewußt versteckten oder durch heimtückische Glühbirne aus dem im gleichen Haus befindlichen jüdischen Tempel gestiftet und dazu gezwungen wurden.

diese Druckwelle dürfte einen anschließenden Brand verhindert haben. Am gegenüberliegenden Haus entstand ebenfalls Sachschaden. Im Haus der Kultusgemeinde zerplitterten teilweise alle Fensterscheiben. Das schwere Holzportal wurde teilweise weggerissen. Der Innenhof des Gebäudes war mit Holzsplittern übersät, die von kleinen Möbelschreben stammten, die der Attentäter über der Bombe aufgetürmt hatte.

Mihavecs' Anwalt verkauft Interviews: Für Mandanten

BREGENZ (AZ). Der „vergessene HILFUNG“ aus Vorarlberg, der 18jährige Andreas Mihavecs, ist über dem Berg in einer Pressekonferenz Montag vormittag bekräftigte Primararzt Hilgert vom Krankenhaus Bregenz noch einmal die Blutzugigkeit des Falles: Der Junge Mann wird keine bleibenden körperlichen Schäden davontragen. In der Zwischenzeit hat sich der Anwalt von Mihavecs, Dr. Fritz Schuler, im Interesse seines Mandanten zum Händler von Fotos und Interviews entwickelt.

Zur „Woche des Waldes“: Mehr an Umwelt denken!

WIEN (AZ). In der Woche des Waldes sollte sich jeder daran erinnern: Der Wald schützt uns, solange wir ihn schützen. Aus diesem Grund appelliert Bundesminister Haiden an alle Österreicher, mehr für den Wald zu tun als bisher. Abgesehen von der Vermeidung Umweltverschmutzung durch Abfalltüte, die ihre Abfälle wegwerfen, und durch jene Zellulose, die Müll in großem Maße ausgedienten Elbstasten bis zum richtigen Pkw in den Wäldern abladen, geht es auch um die Gedanklosigkeit: So etwas kann ein echter wegwerfener Zigarettenstummel innerhalb weniger Minuten die Fursarbeit von Jahrzehnten zunichte machen. Und damit entscheidend zu ökologischen Veränderungen. Immerhin kann ein Hektar Wald pro Jahr bis zu 68 Tonnen Staub aus der Luft filtern und pro Tag bis zu 43.900 Liter Wasser speichern, was entscheidend zum Klima ausgleich beiträgt. Daran sollte jeder denken.

kurz notiert

- Eine neue Ordonnanz regelt seit 1. April genau, wie stark Hochhäuser in erdbebengefährdeten Gebieten Österreich gebaut werden müssen.
• Der Lenker eines orange und weiß lackierten, möglicherweise österreichischen Reiseautos wurde mit der Aufschrift „Reisen“ wird als Zeuge für einen Verkehrsunfall gesucht, der sich am 15. April 1979 nachmittags zwischen Bern und Lausanne in der Schweiz ereignet hat und vier Menschenleben kostete.
• Zwischen 1943 und 1978 sind in Österreichs Bergen 6211 Menschen umgekommen. 132.751 Personen wurden vom Bergrettungsdienst gerettet.
• Die 1962 wegen Doppelmordes zu lebenslanger Haft verurteilte Vera Blühme hat das Gefängnis in Althaus in Bayern nach 17 Jahren zum erstmaligen Urlaub verlassen.
• In München wurde am Montag mittag im Tristingbach die Leiche eines neugeborenen Mädchens entdeckt. Wahrscheinlich ist der Säugling eines gewalttätigen Mordes getötet. Er war nicht abgenabelt und noch mit Plazenta bedeckt. Die Staatsanwaltschaft Wien wurde erachtet, eine Obduktion zu beantragen.

Anlage: Mord, Mordversuche, Banküberfälle...

Für „Lebensidyll“ wurde Bresofsky zum Verbrecher

WIEN (AZ). „I hab nie a Ruah ghabt, I hab in mein Leben nie was ghabt — mei Ziel war, amal so viel Gold zu erbeuten, daß I ma a Haus kaufen kann. I wollt raus, hehraten, Kinder machen, und a Ruah is...“ Dieser Wunsch wird für den 39jährigen Juan Carlos Bresofsky nie mehr in Erfüllung gehen. Seit Montag steht Bresofsky wegen Mordes, zweifachen Mordversuches bei einem Postamtüberfall, zweier Banküberfälle mit Geiselnahmen und eines Raubüberfalls auf einen Gelbheben vor einem Wiener Geschworenengericht. Mit ihm müssen sich fünf Komplizen verantworten.
1962 war Bresofskys Familie nach Österreich gekommen — „Des war a völlig fremde Welt für mi. I wollt an Beruf lernn, aber die Justiz hat mir die Möglichkeit genommen — einmal in ihren Armen, hat sie mich nicht mehr losgelassen.“ Bresofsky war als Vierzehnjähriger strafällig geworden, kam in eine Erziehungsanstalt und hier begann seine Leidenszeit.
Am 6. Juni 1978 kam es im Postamt in der Hardtmuthgasse in Wien-Favoriten schließlich zur schwersten Tat sein Komrade Franz Kurzbaue, 43, drängte eine Kundin mit einem Messer in die Ecke. „Wir machen eine Geiselnahme.“ Der Postbeamte Franz Keymar, den Pötkolbau gegen sich gerichtet, sagte: „Macht keinen Blödsinn!“ Als er Bresofskys Geld gab, war es diesem zuwenig: „I hab auch vom zweiten Beamten Geld verlangt. In dem Moment hat der Kassierer eine unmaßlich schnelle Bewegung gemacht — das hat mich erschreckt. Ich bin weggeschossen, ohne zu denken, tierisch.“ Es war eine Angsttunten. Die Beute: 164.164 Schilling. Auf der Flucht führte sich Bresofsky vom Taxifahrer Walter Barts, der aus seinem Wagen ausgestiegen war, verfolgt. „Du verfolgst mi net!“ — und schob Barts in die Brust. Barts wurde schwer verletzt, Franz Keymar erlitt seinen Schußverletzungen.
Bresofsky und Kurzbaue fanden nach der Tat bei Bresofskys Bruder Maxim Leopold, 32, und dessen Frau Maria, 29, in der Nähe des Taxistandplatzes. Die beiden des Todes unterschuld. Die Bestrafung zum Bankmörder Bresofsky gab ein Schuß ab — „An reinen Abschreckungsschub, sonst hält I ihm ja glet in Bauch schiedn können, verzeihen S mi!“ — und erbeutete 76.000 Schilling. „I war enttäuscht.“
Im Januar 1979 überließ Zehetner, 37, überließ Bresofsky am 27. Februar die CA-Filiale in der Hernalser Hauptstraße 147. Wieder wurde einer Kundin das

Mord an Zwölfjährigem: Keiner will sich an Hannes erinnern

HERZOGENBURG (AZ). Der Vorgesung des Mörders des zwölfjährigen Kinobesuchers in Niederösterreich wolle weiter an die Kriminalkommission überprüft mittlerweile mehr als ein Viertel der Kinobesucher, die Freitag abend im Reindliner Kino „Die Rache der Todesskrieger“ saßen. „Es kann oder will sich aber kaum jemand an seinen Kinonachbarn erinnern“, stellen die Kriminalisten dazu fest. Auch über das Tatmotiv herrscht noch weitgehend Unklarheit.
Sonntag fuhren Gendarmen mit einem Lautsprecherwagen durch Reiding und ersuchten die Bevölkerung um Mithilfe. Die Beamten boten um Hinweise, wer das Fahrrad des Bubens am Hauptplatz abgestellt gesehen hat. Wie bereits berichtet, sind die Ermittlungen gemäß „geparkt“ gewesen. Die Kriminalisten unter Oberleutnant Träninger erhoffen sich von einer entsprechenden Mitteilung einen Hinweis auf die Tatzeit. Diese konnte auch durch die Obduktion nicht exakt bestimmt werden.
Es ist bisher aber auch nicht möglich gewesen, den Täter eindeutig zu machen. Den Kriminalbeamten gingen zwar einige Hinweise zu, eine konkrete Spur zeichnet sich aber nicht ab. Je länger die Untersuchungen dauern, desto früher werden die Chancen des brutalen Kindesmörders, in der Anonymität von Kinobesuchern, Hölzer- oder Wirtshausgängen unentdeckt zu bleiben.

Hallo Cheis!
Hallo Eltern!
Hallo Lehrlinge!
Schauf Euch das an!
AUSBILDUNG IM BERUFB
Eine mit Spaß gewürzte Sanderreihe des ORF über ein wichtiges Thema: die berufliche Berufsausbildung.
Kurt Scheibka, Berta Kolmann und andere zeigen, wie man's richtig macht.
Ab 25. April, 18.30 Uhr, FS 2, jeweils Mittwoch. WIR: Do, 9.30 Uhr, FS 1

Am Tatort konnten keine Sprengstoffrückstände nachgewiesen werden, konstatierte der Sachverständige des Innenministeriums, Oberst Alois Massak, in seinem Gutachten: „Trotz starker Beschmauchung an den Metall- und reichlich asservierten Holzteilen sowie Sandstein- und Betonteilen vom unmittelbaren Bereich des Explosionskraters konnten von der Kriminaltechnischen Zentralstelle auf chemischem Wege keine Spuren des verwendeten Sprengstoffes nachgewiesen werden. Hieraus könnte allenfalls darauf geschlossen werden, daß ein hochbrisanter Sprengstoff, wie etwa Hexogen oder Nitropenta verwendet wurde, der sich nahezu restlos chemisch umsetzt.“ Die Sprengladung war mittels einer Damenarmbanduhr Schweizer Fabrikats als Zeitschalter sowie einem elektrischen sprengkräftigen Zünder, für den eine VARTA-Monozelle die notwendige Energie zur Aktivierung lieferte, ausgelöst worden.<sup>7</sup> Bei den Tätern musste es sich um „Profis“ handeln, „die einiges davon verstehen“, meinte der Sachverständige gegenüber dem *Kurier*.<sup>8</sup> Die Bombe sei jedenfalls so dosiert gewesen, „dass sie das Haus zwar nicht zerstören hätte können, auf jeden Fall aber großen Sachschaden anrichten musste“, so Massak. Nur 20 Minuten nach dem Anschlag bekannte sich ein Anrufer im Wiener Büro der Nachrichtenagentur *Agence France Press* im Namen der „Adler der palästinensischen Revolution“<sup>9</sup> zur Tat.<sup>10</sup> Drei Tage später, am 25. April 1979, gab diese Organisation über eine libysche Nachrichtenagentur folgende Erklärung ab: „In Ausführung unseres Beschlusses, die Institutionen der zionistischen Bewegung und des Imperialismus anzugreifen, hat eine unserer Einheiten das Hauptquartier der zionistischen Vereinigung in Wien zerstört. Die Operation gelang, die Einheit kehrte sicher zurück.“<sup>11</sup>

Ungeachtet dessen konzentrierte die Staatspolizei ihre Ermittlungen zunächst auf zwei mögliche Tätergruppen: In Wien ansässige palästinensische Studenten und amtsbekannte Rechtsextremisten. Die Araber wurden als mögliche Sympathisantengruppe eingestuft, die den aus dem Ausland eingereisten Tätern Hinweise geliefert und Quartier gegeben hatte. Überprüft wurden laut einem Bericht der *Presse* vor allem Studenten, „die Verbindungen zu extremen arabischen Kreisen in ihrer Heimat unterhalten haben und Araber, die in den vergangenen Tagen nach Österreich eingereist sind“.<sup>12</sup> Ein Mitglied einer Studentenorganisation, das befragt wurde, bekundete sein Unverständnis über die Vorgangsweise der Be-

hörden: „Ich kann überhaupt nicht sagen, warum ich zu dieser Sachlage befragt werde, interessiere mich für diese Dinge nicht und weiß auch nicht, wer als Täter für den Sprengstoffanschlag in Frage kommen könnte. [...] Ich bin bestrebt, mich an die Gesetze meines Gastlandes zu halten.“<sup>13</sup> Die Erhebungen in rechtsextremistischen Kreisen brachten nur zutage, dass einige Neonazis in der Nacht vom 21. auf den 22. April 1979 eine feuchtfröhliche Grillparty „anlässlich des Geburtstages von Adolf HITLER“ im niederösterreichischen Staatsdorf gefeiert hatten.<sup>14</sup> Andere namhafte Vertreter hielten sich zum fraglichen Zeitpunkt im Haus des Gründers der Nationaldemokratischen Partei (NDP), Norbert Burger<sup>15</sup>, in Kirchberg am Wechsel auf, wo im Gasthaus „Zur 1000-jährigen Linde“ eine Feier zu dessen Ehren stattfand.<sup>16</sup> Außerdem hatte die Aktion Neue Rechte (ANR), eine besonders militante Kleingruppe, eine Demonstration in Braunau am Inn abgehalten – deren Anführer, Bruno Haas, versicherte, es habe „keiner der ihm bekannten ANR-Leute die Befähigung, mit Sprengstoff fachmännisch umzugehen“.<sup>17</sup>



Das Ziel des Anschlags: Stadttempel Wien.

Am 26. April 1979 fasste die Staatsanwaltschaft Wien zusammen: Die bei „den als Aktivisten, insb. der ANR, bekannten Personen des rechtsradikalen Lagers durchgeführten Alibiüberprüfungen“ seien erfolglos verlaufen – „deren Täterschaft ist nicht erweislich“.<sup>18</sup> Aufmerksam registriert wurden auch die Unterhaltungen bei Besuchen bei inhaftierten linksradikalen Sympathisanten der Bewegung 2. Juni und der Roten Armee Fraktion (RAF), die sich an der Entführung des Fabrikanten Walter Palmers am 9. November 1977 beteiligt hatten. Einer der beiden Studenten vertrat die Meinung, der Synagogenanschlag gehe „auf das Konto von ‚Ultra-Nazis‘“ – ein Mitgefangener beschuldigte ebenfalls diese Tätergruppe, obwohl zwischen den beiden „keine Kontaktmöglichkeit“ bestand.<sup>19</sup> Befragt wurde zu-

dem der offizielle Vertreter der PLO in Wien, Ghazi Hussein. Dieser stellte eine Verantwortung seiner Organisation in Abrede: „Die offizielle Linie, die politische und prinzipielle Haltung der PLO besteht darin, daß 1.) keine Auslandsaktionen gegen Israel und 2.) keine Aktionen gegen jüdisches Kulturgut gerichtet werden. Die PLO trägt ihren Konflikt mit Israel aus – nicht aber mit den Juden schlechthin. Soweit ihm bekannt ist, gab es bisher noch keine Aktion gegen jüdisches Kulturgut.“<sup>20</sup>

Fünf Tage nach der Bombenexplosion gab es die erste „heiße“ Spur: In einem Mietauto der Firma „Inter Rent Austria“ aus Linz kommend unterwegs, wurden der 31jährige Sejaan Salim und der 33jährige Mohamed Hamade am bayerisch-österreichischen Grenzübergang Passau-Achleiten aufgehalten. Die bayerischen Zöllner hatten angeblich aufgrund eines gefälschten Passes Verdacht geschöpft – oder weil sie, wie der *Spiegel* berichtete, von einem „Tippgeber“ vorgewarnt worden waren.<sup>21</sup> Wie auch immer, die Beamten wurden rasch fündig: In fünf Gepäckstücken fanden sich 25 Haftladungen zu insgesamt 15 kg Sprengstoff mit der chemischen Bezeichnung Trimethyltrinitramin (Hexogen, RDX), 25 kg Hexogen-Nitropenta-Sprengstoff, acht elektrische Zünder, acht Zeitschaltuhren, 4 elektrische Zeitschalter sowie 11 Reisepässe und vier internationale Führerscheine.<sup>22</sup> Die gefälschten Ausweise mauretanischer, argentinischer, zypriotischer und libanesischer Herkunft waren im Plastikgehäuse eines Kofferradios eingeschweißt.<sup>23</sup>

Viele Indizien sprachen dafür, dass die festgenommenen Araber zuvor das Attentat in Wien verübt hatten – die Ermittlungen ergaben, dass beide Mitte April 1979 aus dem Nahen Osten nach Italien gereist waren. Von 17. bis 23. April waren sie im Hotel „Columbia“ in Mailand eingemietet. Hamade machte sich jedoch schon am 20. April mit der Eisenbahn nach Wien auf, wo er einen Tag später eintraf und im Hotel „Kongreß“ (Wiedner Gürtel Nr. 34) übernachtete. Auch Sejaan flog zunächst am 18. April 1979 von Mailand aus nach Jugoslawien – „spätestens“ am 23. April kam er ebenfalls nach Wien, wo er zunächst ein Zimmer im „Hilton“ am Stadtpark und einen Tag später eines im Hotel „Südbahn“ (Weyringerstraße Nr. 25) bezog.<sup>24</sup> Dort war er nur zwei Gassen von Hamades Unterkunft entfernt.<sup>25</sup> Allerdings gestalteten sich die Ermittlungen diesbezüglich schwierig: Die *Presse* berichtete, dass sich Hamade und Sejaan mit „vermutlich falschen Namen in das Gästebuch des

Hotels eingetragen hatten. Denn niemand hatte – wie es eigentlich sein sollte – nach den Pässen verlangt. [...] Lakonisch ist der Kommentar der österreichischen Sicherheitsbehörden: „Da sieht man, wie lax bei uns an den Grenzen kontrolliert wird – im Gegensatz zu den Deutschen. Bei uns hätte man die sicher nie geschnappt.“<sup>26</sup>

Wie die 2. große Strafkammer beim Landgericht Passau später im Urteil gegen Hamade und Sejaan zusammenfasste, hatten die beiden „spätestens in Wien“ Sprengstoff, Zünder und Zeitschalter „auf nicht mehr zu klärende Art und Weise“ erhalten. Am 25. April 1979 fuhren beide Palästinenser mit der Bahn von Wien nach Linz, wo sie im Hotel „Drei Mohren“ (Promenade Nr. 17) nächtigten. Schon von Wien aus hatte Sejaan bei der Firma „Inter-Rent Austria“ für drei Tage einen PKW gemietet, der ihnen bei der Ankunft vom Linzer Büro der Leihwagenfirma übergeben wurde. Am Vormittag des 26. April 1979 brachen Hamade und Sejaan dann mit dem Fahrzeug von Linz Richtung Passau auf. Um 11 Uhr vormittags erreichten sie den Grenzübergang Passau-Achleiten – „hier wurden die beiden Angeklagten [...] noch vor dem Überschreiten der deutsch-österreichischen Staatsgrenze vorläufig festgenommen“.<sup>27</sup>



Wiener Hotel „Kongress“, Bleibe von Mohamed Hamade vom 21. bis 25. April 1979. Quelle: Autor.

In einer Vernehmung in deutscher Haft wurde Hamade auf den Anschlag in Wien angesprochen und äußerte sich dazu folgendermaßen: „Davon weiß ich nichts, ich habe keine Zeitung gelesen. Ich kann auch kein deutsch lesen.“ Als der vernehmende Beamte daraufhin einwandte, dass er Hamade in diesem Punkt keinen Glauben schenke, erwiderte dieser: „Als Mitglied des ‚Schwarzen September‘<sup>28</sup> macht mir so ein Anschlag keine Ehre. Anschläge dieser Art befürworte ich nicht. [...] Ich weiß, daß ich nichts mit der Sache zu tun habe.“<sup>29</sup> Ein anderes Mal war Hamade auskunftsfreudiger: Er bestätigte, am 21.

April 1979 um ca. 9.45 Uhr aus Mailand mit der Bahn in Wien angekommen zu sein und dort im Hotel „Kongreß“ Quartier bezogen zu haben. Am Abend des Anschlags habe er eine in der Nähe gelegene Gaststätte besucht sowie gegen 19 Uhr einen „Night Club“. Dort sei er dann bis ca. 3.30 Uhr geblieben. Drei Flaschen Sekt habe er konsumiert und die Zeche habe „800.- Dollar und 2000.- Schillinge“ betragen – die beiden anwesenden Damen hätten ihn unter dem Namen „George der Grieche“ gekannt und extra für ihn eine Kasette mit griechischer Musik abgespielt. Den Einwand des Vernehmers, dass diese Angaben „kein stichhaltiges Alibi“ enthalten würden, quittierte Hamade folgendermaßen: „Ich kann nichts anderes angeben, ich habe mit dieser Sache nichts zu tun.“<sup>30</sup> Sejaan wiederum gab an, „entweder am 22. oder am 23.4.1979“ spätnachmittags in Wien eingetroffen zu sein: „Mit einem Taxi fuhr ich zum Hilton-Hotel und ich habe eine Nacht dort verbracht. Ich war alleine und hatte keinen Begleiter bei mir.“<sup>31</sup> Er behauptete, Hamade erst am Bahnhof Linz kennengelernt zu haben und zwar „als griechischen Zyprioten, der sich mir gegenüber lediglich mit dem Namen George vorstellte“. Er habe den Mann loswerden wollen, „weil er mir nicht so gut gefiel. George schien mir unsympathisch und mich störte sein Mundgeruch“. Aber weil er ihm schon eine Mitfahrgelegenheit zugesagt hatte, nahm er ihn anderntags im Leihwagen nach Passau mit.<sup>32</sup>



Ehemaliges Hotel „Drei Mohren“ in Linz (2010 geschlossen). Quelle: Christian Wirth, LinzWiki.

Was den Sprengstofftransport in die BRD anging, so gab sich Hamade im Verhör als Mitglied des Nachrichtendienstes der Fatah<sup>33</sup>, Jihaz al-Rasd<sup>34</sup>, zu erkennen.<sup>35</sup> Er versicherte bei seiner „Ehre als Offizier,

daß der von mir mitgeführte Sprengstoff nicht für einen Anschlag in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt war“.<sup>36</sup> In einer Vernehmung schilderte er die Hintergründe des Transports und nannte den Leiter des Jihaz al-Rasd, Abu Iyad<sup>37</sup>, als Auftraggeber: „Ich hatte von einer höheren Stelle, deren Namen ich nicht nenne, aber klar unter Arafat<sup>38</sup>, den Auftrag, den Sprengstoff von Beirut nach Hamburg zu bringen. Der Auftrag selbst kam aber nicht von Arafat. Der Auftrag kam von Abou Iyad (militärischer Name). Der bürgerliche Name von Iyad ist Salah Khalaf. Da ich einen cyprischen Paß besitze und gut griechisch spreche, hätte ich in Hamburg mit dem Sprengstoff auf ein israelisches Schiff warten sollen. Dort hätte ich versuchen sollen, mit irgendeinem israelischen Schiff als Passagier nach Israel einzureisen. In Israel sollte ich ein Hotel besetzen und Geiseln nehmen und 300 palästinensische Gefangene befreien. Die Befreiungsverhandlungen hätten über die amerikanische, engl.[ische] und dänische Botschaft in Tel Aviv laufen sollen. Es war so vorgesehen, daß die Gefangenen in irgendein arabisches Land, außer Ägypten, höchstwahrscheinlich Libyen, geflogen werden sollten. Die Botschafter der drei genannten Botschaften hätten als Geiseln mitfliegen sollen.“<sup>39</sup>

In einem weiteren Verhör wünschte sich Hamade die Anwesenheit des Leiters der Informationsstelle Palästina, Abdallah Frangi<sup>40</sup>, weil dieser „der für ihn zuständige Botschafter“ sei. Sollte Frangi nicht kommen, „wisse er, wie er (Hamade) sich zu verhalten habe“. Gleich im Anschluss behauptete Hamade: „Ich gehöre einer Gruppe an, die die Bezeichnung ‚Das besetzte Gebiet‘ trägt. Diese Gruppe und überhaupt die gesamte PLO hat sich vertraglich über Al Franghia [Schreibweise variiert] verpflichtet, in Deutschland keine Anschläge zu verüben. Unsere Aktionen finden ausschließlich in Israel statt. In diesem Zusammenhang wiederhole ich ausdrücklich, daß der Sprengstoff, den ich versuchte, in Deutschland einzuführen, für eine Aktion in Israel bestimmt war.“<sup>41</sup> Die Vernehmungsbeamten prüften Hamades Angaben und kamen zur Ansicht, dass es sich zum Großteil um Schutzbehauptungen handelte – wahrscheinlicher schien, dass in Wirklichkeit ein Anschlag auf den israelischen Tanker „Palmah II“ geplant gewesen war, der zum fraglichen Zeitpunkt in Hamburg erwartet wurde.<sup>42</sup>

Sejaan hingegen blieb bei der Version, in Ausübung seines Berufs als Kaufmann unterwegs gewesen zu sein: „Er habe nichts davon gewußt, daß Hamade,

den er erst am Bahnhof in Linz zufällig kennengelernt habe, Sprengstoffe und sonstige Zubehörteile in seinem Gepäck mitgeführt und diese dann bei der Abfahrt von Linz in seinem, Sejaans, Fahrzeug verstaut habe.“ Hamade deckte seinen Kameraden – ein Mann namens „Atef“ habe ihn diesbezüglich auf Sejaan „angesetzt“ – er habe dann dessen Gutgläubigkeit für den Sprengstofftransport ausgenutzt, während dieser bis zur Festnahme nichts von der Fracht wusste.<sup>43</sup>

### „PALÄSTINENSISCHE OFFENSIVE“ GEGEN DIE BUNDESREPUBLIK?

Die Festnahme von Hamade und Sejaan weckte Befürchtungen einer bevorstehenden Anschlagswelle in der BRD: Fotos in den sichergestellten Pässen zeigten beide Männer, aber auch Unbekannte. Es war daher nicht auszuschließen, dass sich die beiden Araber mit weiteren Attentätern in der Bundesrepublik treffen wollten.<sup>44</sup> Ein Fernschreiben des Bayerischen Landeskriminalamts (LKA) warnte, „daß nicht ein großer, sondern mehrere Anschläge verübt werden sollten“. Dafür spreche auch die Beobachtung, wonach die Beschuldigten in Linz „8-9 Koffer“ in das sichergestellte Fahrzeug geladen hatten, „von denen jedoch nur 4 Koffer und 1 Tasche sichergestellt werden konnten“. Es bestünde die begründete Annahme, „daß mindestes ein weiteres Kommando entweder bereits eingereist ist, oder dessen Einreise bevorsteht“. Diese würden den Auftrag haben, „in der Bundesrepublik Erdölraffinerien zu sprengen“ – da außerdem in Wien der Sprengstoffanschlag auf das jüdische Bethaus verübt worden sei, „mit dem die Besch.[uldigten] Hamade und Sejaan in Zusammenhang gebracht werden, muß angenommen werden, daß Anschläge dieser Art auf dem Gebiet der BRD zu erwarten sind“.<sup>45</sup>

Tatsächlich waren innerhalb kürzester Zeit weitere Verdächtige verhaftet worden: Schon am 26. April 1979 stoppte ein Polizei-Einsatzkommando in der Rostocker Straße in West-Berlin einen roten Mercedes und nahm die Insassen – drei Palästinenser – fest. Das Trio war seit Tagen überwacht worden. Ein Schließfach am Bahnhof Zoo, zu dem bei einem der Festgenommenen ein Schlüssel gefunden wurde, enthielt 12 kg Sprengstoff sowie fünf Armbanduhren mit angelöteten Kontaktdrähten. Aus ebenfalls sichergestellten Unterlagen ging hervor, dass ein Mordanschlag auf den Vorsitzenden der Jüdischen

Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, geplant war. Die technische Ausrüstung wiederum passte zu 12 elektrischen Zündern, die man am 24. April 1979 bei zwei Libanesen in Berlin-Kreuzberg sichergestellt hatte. Die beiden Männer sollen sich auf dem Weg zu einem Tanklager in Steglitz befunden haben, um es auszukundschaften. Den entscheidenden Tipp zur Festnahme hatte ein Spitzel geliefert, den der israelische Geheimdienst Mossad in die Gruppe eingeschleust hatte – der in der BRD lebende Libanese Hassan al-Harti.<sup>46</sup> Den Schlusspunkt bildete am 29. April 1979 die Verhaftung von Mohamed Zahedi (Kampfname: Mohamed Yousif) und Rida Rachim Musawi am deutsch-holländischen Grenzübergang Elten. In diesem Fall hatten gefälschte iranische Reisepässe die Aufmerksamkeit der Zöllner erregt. Die Ermittlungen ergaben, dass die beiden Palästinenser zuvor von 19. bis 20. April 1979 im Mailänder Hotel „Colombo“ wohnten, wo sich auch Hamade und Sejaan aufhielten. Anschließend fuhren sie mit der Eisenbahn zunächst nach Amsterdam und dann nach Rotterdam, von wo aus sie am 29. April versuchten, in die BRD einzureisen. Die Verbindung des Duos zu Hamade und Salim war offensichtlich, waren doch bei letzteren zwei mauretische Reisepässe mit Fotos von Zahedi und Musawi sichergestellt worden.<sup>47</sup>

Wie die Wochenzeitung *Die Zeit* Ende 1979 berichtete, hatten die Festnahmen in West-Berlin sowie in Passau-Achleiten und Elten einer „palästinensischen Offensive“ einen Strich durch die Rechnung gemacht.<sup>48</sup> Als Hauptmotiv für die Anschlagsvorbereitungen wird in der relevanten Literatur Vergeltung für den Tod von Ali Hassan Salameh, Leiter der persönlichen Leibwache Arafats („Force 17“) und Schlüsselfigur im Jihaz al-Rasd, genannt. Der „rote Prinz“ war am 22. Januar 1979 bei der Explosion einer Autobombe in Beirut getötet worden – angeblich im Rahmen der Vergeltungskampagne des Mossad gegen die Verantwortlichen für das Münchner Olympiaattentat 1972.<sup>49</sup> Eine wichtige Rolle bei Vorbereitung und Ausführung des Mordanschlags hatte die britische Staatsbürgerin und Mossad-Agentin Erica Chambers gespielt – bei den Nachforschungen bezüglich ihrer Person stieß der PLO-Geheimdienst auf zahlreiche Spuren, die in die BRD führten: „Frau Chambers hat in Beirut auffallend oft Deutsch gesprochen. Auf einer Visitenkarte, die sie an auffallend viele Freunde verschenkte, führte sie das Kölner Postfach 30 03 64 an. Die gebürtige Londonerin hat lange in Wiesbaden (im Hotel ‚Albany‘) und Köln (‚Graeffstraße 3‘)

gelebt – ausgerechnet in Wiesbaden und Köln, wo Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt (BKA) sitzen.<sup>50</sup> Um die angeblich vom Mossad ventilierten Verdachtsmomente zu zerstreuen, unterstützten Beamte des BKA die Ermittlungsarbeit in Beirut. Am 21. März 1979 reiste BKA-Abteilungspräsident Günther Scheicher vor Ort.<sup>51</sup> Die spärlichen Überreste des Autowracks oder die Reste von Zündschüren wurden zu kriminaltechnischen Untersuchungen nach Wiesbaden gebracht. Diese technische Hilfe für die Palästinenser sollte eine Vertrauensbasis herstellen: „Wir müssen schauen, dass wir die PLO auf unsere Seite bringen“, zitierte der *Spiegel* einen Fahnder.<sup>52</sup>

### GEHEIMKONTAKTE ZWISCHEN DEUTSCHEN STELLEN UND DER PLO

Zum damaligen Zeitpunkt bestanden bereits langjährige Geheimkontakte zwischen deutschen Stellen und der PLO: Nach dem Münchner Olympiaanschlag und der Freipressung der überlebenden drei Attentäter (1972) wollte man weitere Attentate auf deutschem Boden verhindern. Das Bestreben, so die Historikerin Eva Oberloskamp, war, auch aufgrund ökonomischer Interessen, die „ursprüngliche, ausgewogene Nahostpolitik“ beizubehalten und es zu vermeiden, „auf Konfrontationskurs mit den Palästinensern zu gehen und dadurch eine weitere Involvierung der Bundesrepublik in die Auseinandersetzungen zu provozieren“.<sup>53</sup> Helmut Redies, Nahost-Experte im Auswärtigen Amt, legte einem Verhandlungspartner Anfang 1973 in Kairo die damalige Position der BRD dar: Niemand habe ein Interesse daran, „mit den Palästinensern in einer Auseinandersetzung zu bleiben, für uns jedoch entscheidend sei, daß von palästinensischer Seite die öffentliche Sicherheit in der Bundesrepublik geachtet und keine Aktionen auf dem Boden der Bundesrepublik oder gegen deutsche Personen und Einrichtungen im Ausland unternommen werden“.<sup>54</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte man vor allem Absprachen mit Entscheidungsträgern im PLO-Sicherheitsapparat zu treffen. Zu diesem Zweck empfing Abu Youssef, stellvertretender PLO-Vorsitzender und angeblich hochrangiges Mitglied des „Schwarzen September“, am 5. April 1973 den Botschaftsrat Peter Nowak in Beirut und teilte diesem mit: „Was die Schaffung einer neuen Vertrauensbasis angehe, werde er ‚alles was in seiner Macht stehe‘ versuchen, neue Aktionen und neues Unheil zu verhindern. Hilfreich für die Wiederherstellung des

Vertrauens (aber keine Voraussetzung dafür) wäre die Wiedermehrzulassung eines PLO-Vertreters in Deutschland ‚in irgendeiner Form‘, ferner die Genehmigung eines organisatorischen Zusammenschlusses palästinensischer Studenten und Arbeiter in Deutschland und schließlich Ausweisungsstopp und Rückkehrerlaubnis für ausgewiesene Palästinenser.“ Dieser erste Vorstoß erlitt einen Rückschlag, weil Abu Youssef nur fünf Tage nach dieser Unterredung im Rahmen der israelischen Kommandoaktion „Frühling der Jugend“ gemeinsam mit zwei weiteren Spitzenfunktionären der PLO getötet wurde.<sup>55</sup>

Die deutsch-palästinensischen Geheimkontakte erholten sich jedoch wieder: Konfrontiert mit dem Terrorismus der RAF hatte die BRD ein eminentes Interesse, deren Verbindungen in den Nahen Osten zu kappen. So nahm auf Einladung von Bundeskanzler Bruno Kreisky<sup>56</sup> ein Mitarbeiter von Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski am 24. November 1977 an einem Treffen in Wien teil: Auf der Tagesordnung stand nicht nur eine verstärkte internationale Kooperation zwischen Österreich, Deutschland und der PLO, sondern auch die Frage, ob die BRD „als stärkstes Land in Westeuropa“ bereit wäre, ihren Einfluss zu Gunsten der internationalen Anerkennung der PLO einzusetzen. Im Gegenzug boten der PLO-Sondergesandte Issam Sartawi<sup>57</sup> und Ali Hassan Salameh Unterstützung bei der Terrorismusbekämpfung an, die sich 1977 nach der Entführung des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer auf einen Höhepunkt zubewegte. Insbesondere Salameh versprach durch Informationsübermittlung „den Terrorismus für die nächsten 10 Jahre stillzulegen“. Dafür wollten die Emissäre „eine gewisse Anerkennung“ und die politische Unterstützung Arafats.<sup>58</sup> Aus 2014 freigegebenen „Kabeln“ der US-Botschaft in Bonn an das Washingtoner Außenministerium geht hervor, dass Issam Sartawi bereits drei Wochen vor dem Wiener Treffen in Bonn von führenden Angehörigen der Regierungspartei SPD, darunter Willy Brandt, Egon Bahr und Wischniewski, empfangen worden war.<sup>59</sup> Es habe sich um den bis dahin höchstrangigen Kontakt von westdeutscher Seite her mit der PLO gehandelt, wobei man das Thema Terrorismus diskutierte. Israel sei vorab informiert worden.<sup>60</sup> Am 13. Dezember 1977 meldete die Bonner US-Botschaft weitere Absprachen zwischen westdeutschen Stellen und der PLO. Diesmal ging es um die Präsenz von RAF-Terroristen in Beirut. In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, dass das Treffen mit Sartawi

dazu gedient habe, Terroranschläge abzuwenden.<sup>61</sup> Konkretisiert worden sein soll diese informelle Zusammenarbeit im Rahmen der Libyen-Reise von Innenminister Gerhart Baum vom 24. bis 28. November 1978.<sup>62</sup> Der *Spiegel* wusste zu berichten: „Die PLO, die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren etliche Anschläge verübte, werde künftig, so ließ PLO-Chef Arafat den Bonner Minister wissen, auf deutschem Boden nicht mehr operieren und auch keine Aktionen mehr gegen deutsche Botschaften im Ausland oder gegen Lufthansa-Maschinen unternehmen.“<sup>63</sup> Allerdings konnten Pressemeldungen wie diese bislang nicht bestätigt werden und sind daher mit Vorsicht zu betrachten.<sup>64</sup>

Ende April 1979 platzte in diese „deutsch-palästinensische Idylle“ (*Spiegel*) die eingangs erwähnte Festnahme der verschiedenen PLO-Kommandos in der BRD. Vor allem das BKA versuchte daraufhin, aufkommende Zweifel an der Zuverlässigkeit der PLO zu zerstreuen. Die Festgenommenen seien „ausgeflippte PLO-Leute“ gewesen, die ohne Auftrag von oben „in einer Eigenaktion einen Leistungsbeweis“ planten.<sup>65</sup> Aussagen von Beteiligten und einige Dokumente legen nahe, dass es sich – wie vom BKA vertreten – um ein eigenständiges Unternehmen handelte. Autor Wilhelm Dietl vertrat 1992 die These, Angehörige der „Force 17“ hätten versucht, den Tod ihres Kommandeurs zu rächen und wollten deswegen in der BRD losschlagen. Ein wichtiger Faktor sei der Nachfolger Salamehs, Abu Tayeb<sup>66</sup>, gewesen, der sich mit dieser Aktion profilieren wollte.<sup>67</sup> Der in Tayeb's Gruppe eingeschleuste Mossad-Informant gab an, dieser habe „geeignete Attentats-Ziele ausgesucht, sich nach einem jüdischen Studentenheim in Berlin erkundigt, Waffen für einen Anschlag auf den Leiter der jüdischen Gemeinde, Galinski, besorgen wollen und schließlich entschieden, dass ein Tanklager in Berlin gesprengt werden solle.“ Die verschiedenen Kommandos seien aus Elten, Passau-Achleiten und Berlin „konzentrisch eingereist“. So war der Sprengstoff im gleichen, aus einer Beiruter Konditorei stammenden Papier verpackt. Das ursprüngliche Ziel, einen Anschlag auf die israelische Botschaft in Bonn oder auf eine El-Al-Maschine in Frankfurt am Main, habe Abu Tayeb nur deshalb fallenlassen, weil es ihm zu riskant schien, den Sprengstoff ins Bundesgebiet einzuschmuggeln.<sup>68</sup> Dazu passt, was Abdallah Frangi einem Beamten im Auswärtigen Amt am 25. Oktober 1979 anvertraute: Dass „von der Linie der Führung abweichende Gruppen der PLO das Attentat auf Abu

Hassan Salameh [...] zum Anlass genommen [hätten], um auch ihrerseits vom deutschen Territorium aus den Krieg gegen Israel fortzuführen. Daher die Fälle von Sprengstoffschmuggel.“<sup>69</sup> Frangi war überhaupt gut informiert gewesen – aus einem Dokument der DDR-Staatssicherheit, das Dietl zitiert, geht hervor, dass Arafat „vor Realisierung des geplanten Sprengstoffanschlags“ in der Bundesrepublik durch Frangi „davon in Kenntnis gesetzt“ wurde: „Noch vor der Festnahme der sieben mit der Realisierung des Anschlages betrauten Palästinenser erhielt Frangi die Antwort von Arafat, der folgendes mitteilte: Das 17. Büro [gemeint ist die „Force 17“] plante die Aktion ohne Wissen der Al Fatah, sofortige Rückkehr des Abu Tayeb nach Beirut zur Abgabe eines detaillierten Berichtes über seine Handlungen, Verurteilung aller Terrorhandlungen in Berlin/West.“<sup>70</sup>

Eine andere Version zu den Hintergründen lieferte der stellvertretende Leiter des Jihaz al-Rasd, Amin el-Hindi<sup>71</sup>, in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter Anfang Mai 1979: „Bei den zehn Gefangenen handele es sich um Palästinenser aus Beirut, die im Auftrag Abu Iyads nach Deutschland geschickt worden seien, um von dort Sprengstoffpakete nach Israel zu senden. Er betonte ausdrücklich, daß keine Aktionen gegen die Bundesrepublik selbst geplant gewesen seien, der Sprengstoff sei ausschließlich zur weiteren Verwendung gegen Israel bestimmt gewesen.“ Hindi bat die Botschaft im Namen Abu Iyads, sich für eine baldige Freilassung der Gefangenen einzusetzen – diese würde den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der PLO „sehr förderlich“ sein: „Man plane auch zukünftig keine Anschläge in der oder gegen die Bundesrepublik, könne die Gefangenen jedoch nicht inhaftiert lassen.“ Als der Botschafter Hindi klarmachen wollte, dass Aktivitäten der PLO auf deutschem Boden Sympathien für die Palästinenser nicht förderlich seien, meinte dieser, dass „weite Kreise der PLO“ sich dessen „bewusst“ wären – „man müsse dies jedoch in Kauf nehmen“. Die PLO werde „auch weiterhin derartige Operationen gegen Israel durchführen und, da ihr Land besetzt sei, dabei gezwungen sein, andere Länder als Operationsbasis zu benutzen.“<sup>72</sup>

Das Interesse an der baldigen Freilassung der festgenommenen Palästinenser war offensichtlich – am 17. August 1979 explodierte eine Bombe vor der deutschen Botschaft in West-Beirut. Zu dem Anschlag, bei dem niemand verletzt wurde, bekannte sich eine „Organisation der sich rächenden palästinensischen

Jugend“.<sup>73</sup> Der Sicherheitsattaché der österreichischen Botschaft, Gerhard Loitzenbauer, berichtete darüber nach Wien: „Die Art, wie die Bombe abgelegt und der Zeitpunkt, der gewählt wurde, lassen den Schluss zu, dass man an größeren Personenschaden nicht dachte. Wie aus gut informierter deutscher Quelle zu erfahren war, soll sich der zur Bewachung der Botschaft abgestellte libanesische Polizist zum Zeitpunkt des Anschlages beim Essen befunden haben. Er war nicht anwesend.“ Am 24. August 1979 wurde aus einem fahrenden Auto eine Handgranate gegen den Haupteingang der Botschaft geschleudert, wo sie explodierte und geringe Schäden verursachte. Eine dritte Attacke richtete sich in der Nacht zum 25. August 1979 gegen das Büro der Lufthansa in Beirut und verursachte ebenfalls nur Sachschaden.<sup>74</sup>

Schon am 20. August 1979 wurden Mohammed Zahedi und Rida Rachim Musawi, jene beiden PLO-Männer, die am Grenzübergang Elten verhaftet worden waren, vorzeitig nach Beirut abgeschoben.<sup>75</sup> Sie waren vom Landgericht Passau Ende Juli 1979 wegen Urkundenfälschung zu jeweils vier Monaten Haft verurteilt worden. Mohammed Hamade und Salim Sejaan wurden in derselben Verhandlung wegen Sprengstoffbesitzes zu Freiheitsstrafen von jeweils zweieinhalb Jahren verurteilt. Aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme hatten sich für das Gericht „keine konkreten Anhaltspunkte dafür ergeben, daß tatsächlich Sprengstoffanschläge auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden sollten“. Obwohl diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen wurde, sprachen die Angaben von Hamade „mehr für Israel als geplanter Tatort für den Einsatz des Sprengstoffs“. Straferschwerend fiel ins Gewicht, „daß die Angeklagten Hamade und Sejaan eine verhältnismäßig große Menge hochbrisanten Sprengstoffs bei sich hatten“ – „wegen der Verbissenheit, mit der die Angeklagten ihre politischen Ziele verfolgen, scheint ein Einwirken auf die Täter selbst nicht möglich. Gesichtspunkte der Generalprävention müssen daher deutlich Vorrang gegenüber spezialpräventiven Überlegungen haben. So muß gegenüber gleichgesinnten Tätern klar zum Ausdruck gebracht werden, dass die Strafgerichte in der Bundesrepublik Deutschland auch das Interesse der inländischen Bevölkerung zu beachten haben, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von derartigen Aktivitäten sauberzuhalten.“<sup>76</sup>

Der Gesprächsfaden zwischen PLO und BKA riss auch in dieser Zeit nicht ab: Am 22. August

1979 reisten BKA-Abteilungsleiter Günther Scheicher und BKA-Vizepräsident Günter Ermisch ins PLO-Hauptquartier, wo sie den Sicherheitschef der PLO, Abu Hol,<sup>77</sup> trafen. Laut Dieter Schenk gab der Palästinenser bei dieser Gelegenheit eine „Zusage von erheblicher Bedeutung, dass nämlich die PLO weder auf deutschem Boden noch weltweit Anschläge gegen deutsche Interessen verüben werde“. Als Ermisch ein Memorandum aufsetzen wollte, lehnte sein Gesprächspartner ab – „wenn ein Araber sein Wort gebe, genüge das“. Bereits am 17. Oktober 1979 war Abu Hol zu einem Gegenbesuch in Deutschland und war Gast bei BKA-Chef Horst Herold in Wiesbaden.<sup>78</sup> Dieser ersuchte Abu Hol, auf den in Straubing inhaftierten Salim Sejaan einzuwirken, der aus seiner Zelle mittels Kassibern zu Befreiungsaktionen aufgerufen hatte. Als Abu Hol einen Tag später Sejaan besuchte, eröffnete ihm dieser, einmal von einem israelischen Geheimdienstagenten verhört worden zu sein – „der Mann habe sich als Deutscher ausgewiesen, aber hebräisch gesprochen und großes Interesse an der ‚Al Fatah‘ gezeigt“.<sup>79</sup> Diese Enthüllung löste einen öffentlichen Skandal aus – offenbar hatten israelische „Dolmetscher“ über Vermittlung des Bundesnachrichtendienstes (BND) an den Vernehmungen der auf vier bayerische Haftanstalten aufgeteilten Palästinenser teilgenommen.<sup>80</sup>

Der Druck auf die deutschen Behörden stieg noch weiter, als am 20. Oktober 1979 gemeldet wurde, dass der gerade erst abgeschobene Mohammed Zahedi (alias Mohamed Yousif) zwei Tage zuvor Selbstmord verübt hatte. Laut Abschiedsbrief war er während der Haft in Straubing vom Mossad gezwungen worden, nach seiner Rückkehr nach Beirut Abu Iyad zu ermorden, für den er früher als Leibwächter gearbeitet hatte.<sup>81</sup> Anstatt den Auftrag auszuführen, verübte er Selbstmord mit 18 Schüssen aus einem Kalaschnikow-Sturmgewehr. Diese Darstellung, die die PLO mit einem ärztlichen Gutachten belegte, ist seitdem stark bezweifelt worden.<sup>82</sup> Was die vorangegangenen Verhöre der Palästinenser durch den Mossad betraf, so stellte der BND diese in einem Fernschreiben so dar: „Für die Ermittlungen vermittelte der BND dem bayr. LKA [Landeskriminalamt] einen sach- und sprachkundigen israelischen Fachmann, der später durch einen anderen israelischen Fachmann ersetzt wurde. Die Einschaltung der israelischen Fachleute geschah im Interesse des BND. Das bayr. LKA wusste von Anfang an, dass es sich um Israelis handelte. Die israelischen Fachleute haben in der Zeit vom 7.-24.05

[?, unleserlich] Gespräche mit den Palästinensern auf Arabisch für das LKA gedolmetscht. An keinem der Gespräche, an denen die israelischen Fachleute beteiligt waren, gab es eine personelle Beteiligung des BND. Es gab auch kein Gespräch der Israelis allein mit den Palästinensern – an allen Gesprächen war ein Beamter des LKA beteiligt. [...] Aus den dem LKA Bayern und dem BND vorliegenden Unterlagen gehen keinerlei Anhaltspunkte dafür hervor, dass sich die israelischen Fachleute so, wie behauptet, verhalten haben.“<sup>83</sup> Helmut Dietl vermutet weiters, dass die PLO in Wirklichkeit Zahedi hinrichten ließ, um die BRD unter Zugzwang zu bringen: „Die Bundesrepublik sollte sich bedroht fühlen und – wegen des toten Palästinensers – Angst vor einem negativen Image bekommen.“ Diese Rechnung sei aufgegangen: Hamade und Sejaan wurden am 18. November 1979 nach Damaskus abgeschoben. Die übrigen, in West-Berlin festgenommenen PLO-Männer wurden am 24. April 1980 zu Freiheitsstrafen zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Jahren verurteilt. Die vorsitzende Richterin kam zum Schluss, „dass der Anschlag von den Angeklagten in eigener Regie unabhängig von der PLO geplant worden sei“ und warf diesen „falsch verstandenes Nationalgefühl“ vor. Im November 1980 wurden die ersten beiden Palästinenser aus dieser Gruppe in den Libanon abgeschoben.<sup>84</sup>



Abdallah Frangi 2012. Quelle: Das blaue Sofa/Club Bertelsmann, Wikimedia Commons.

Die Kontakte zwischen der PLO und den Sicherheitsbehörden liefen noch bis in die 1980er Jahre weiter. So will sich etwa Frangi in dieser Zeit erfolgreich für die Sicherheit der Bundesrepublik eingesetzt haben, wie er in seinen 2011 erschienenen Memoiren betont: „Ich legte Wert auf klare Verhältnisse, und dem BKA lag daran, die Zusammenarbeit mit der Fatah-Führung bei der Bekämpfung des Terrors in Europa zu verbessern.“ 1983 holte Frangi in Abstimmung mit dem BKA Abu Iyad und Abu Hol nach Deutschland:

„Diese Gespräche verliefen in einer sehr entspannten Atmosphäre. Und sie blieben nicht folgenlos. Abu Iyad empfing in Tunis später die Vertreter des BKA zu Gesprächen und auch Hayel [Abu Hol] ließ die Verbindung zum BKA nicht abreißen. Das waren auch für Deutschland nützliche Kontakte. Ich bin sicher, dass es nicht zuletzt dieser Zusammenarbeit zu verdanken ist, wenn der Terror von der Bundesrepublik ferngehalten wurde.“<sup>85</sup>

Im Vergleich dazu verlief die Aufklärung des Wiener Synagogenanschlags völlig im Sande: In einem Schreiben vom 5. Oktober 1979 listete die Staatsanwaltschaft noch einmal die wesentlichen Verdachtsmomente gegen Hamade und Sejaan in dieser Causa auf: Da sich die beiden „zum Zeitpunkt des Sprengstoffanschlages im Gebäude Wien 1., Seitenstettengasse 2, nachweislich in Wien aufhielten, der bei diesem Anschlag verwendete Sprengstoff Eigenschaften aufwies, die auch auf die bei den Genannten sichergestellten Sprengstoffe zutreffen (hochbrisante Explosivität, die eine chemisch rückstandsfreie Detonation bewirkt [...], die in der Seitenstettengasse angewendete Zündmethode den bei Hamade und Sejaan sichergestellten Zündutensilien entspricht und schließlich am Tage vor dem in Rede stehenden Sprengstoffanschlag von der Auskunftsperson [Name] drei Männer vermutlich arabischer Abstammung beobachtet wurden, die sich unter Benützung eines PKWs mit französischem Kennzeichen (Sejaan verfügte bei seiner Festnahme über einen französischen Reisepaß) in der näheren Umgebung des Tatorts [...] in verdächtiger Weise aufhielten, besteht hinreichender Anlaß, auf die bestmögliche Aufklärung der erwähnten Verdachtsmomente hinzuwirken, insbesondere auf dem Rechtshilfeweg eine eingehende Vernehmung der derzeit in München inhaftierten Tatverdächtigen zu dem verfahrensgegenständlichen Sprengstoffanschlag zu veranlassen“.<sup>86</sup>

Ein solches Verhör kam jedoch nie zustande, weil die beiden Palästinenser in der Zwischenzeit nach Beirut abgeschoben worden waren. In Wien war man darüber nicht unglücklich. Ein Sektionschef hielt fest: „Wir können – aus der Sicht (auch) der österr. Sicherheitslage – froh sein, dass uns die deutschen Behörden nicht die Auslieferung angeboten, sondern die Beschuldigten nach Damaskus abgeschoben haben. Wir sollten daher dieses Vorgehen nicht zum Anlass irgendwelcher Vorstellungen nehmen.“<sup>87</sup> Da wegen der Abschiebung eine Vernehmung „im Rechtshilfeweg nicht mehr möglich gewesen“ sei, stellte die

Staatsanwaltschaft Wien im April 1980 Anträge beim Landesgericht Wien, Hamade und Sejaan im Inland zur Aufenthaltsermittlung auszuschreiben bzw. das Verfahren bis zu deren Ausforschung abzubrechen.<sup>88</sup>



Ehemalige Ost-Berliner Zentrale des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. Quelle: Wikimedia Commons.

## BELEGE IN DEN UNTERLAGEN DER DDR-STAAATSSICHERHEIT

Das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war über die Aktivitäten des Jihaz al-Rasd in der BRD gut informiert. Ende April 1979 berichtete General Irmeler in einer streng geheimen Information, die außer dem Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, nur sieben weiteren hochrangigen Funktionären vorgelegt wurde, dass palästinensische Gruppen in Verbindung mit „anarcho-terroristischen Gruppen aus westlichen Ländern“ verstärkt Versuche unternehmen würden, „das Territorium der DDR für die Durchführung von Gewaltakten in Westeuropa zu nutzen“. Als Beispiel nannte Irmeler die vereitelten PLO-Anschläge in der BRD: „Nach internen Erkenntnissen verstärken einflussreiche Kräfte der palästinensischen Befreiungsbewegung derzeit ihre Bemühungen, terroristische Anschläge und Gewaltakte, insbesondere gegen israelische/ägyptische Personen und Objekte, vorzubereiten und z.T. vom Territorium sozialistischer Länder aus zu operieren. [...] In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß auch das Bundeskriminalamt der BRD über Hinweise verfügt, wonach Kräfte der palästinensischen Befreiungsbewegung gegenwärtig Terrorakte in Westeuropa planen und vorbereiten. Bezeichnend ist eine inoffiziell bekanntgewordene Information eines israelischen Diplomaten an die Sicherheitsorgane der BRD über die Anreise palästinensischer Terrorgruppen in die Städte Berlin, Paris, Stockholm

und London. [...] In dieses Fahndungsgeschehen einzuordnen sind die nach westlichen Presseberichten erfolgten Festnahmen von 7 Personen arabischer Nationalität [...] am 24. April 1979 in Westberlin, die unter dem Verdacht stehen, die Sprengung eines Treibstofflagers in WB-Lankwitz vorbereitet zu haben. [...] Nach inoffiziellen Hinweisen befaßten sich bereits 1974 Angehörige der palästinensischen Befreiungsbewegung mit der Aufklärung mehrerer Tanklager in Westberlin mit dem Ziel, gegen diese Objekte Sprengstoffanschläge durchzuführen. [...] Vom zeitlichen Ablauf besteht ein evtl. Zusammenhang zu westdeutschen Pressemeldungen, wonach an der österreichisch-bayerischen Grenze im Raum Passau am 26.4.1979 die angeblichen ‚PLO-Offiziere‘ Mohamed HAMADE alias Georg MECHAIL sowie Salim SEYAAN festgenommen wurden, in deren PKW sich größere Mengen Sprengstoff und Zündmechanismen befanden. Angeblich hatten diese Personen den Auftrag, in Hamburg ein israelisches Schiff zu sprengen bzw. zu kidnappen.“<sup>89</sup>

Ende April 1979 hatte das MfS verdächtige Reisebewegungen in die DDR und andere Länder des Ostblocks registriert. So wandte sich Mielke am 25. April 1979 telegrafisch an den ungarischen Innenminister Andras Benkei und informierte diesen, dass von einer „zuverlässigen überprüften Quelle“ gemeldet worden sei, dass „Mitarbeiter der Sicherheit der PLO“ innerhalb der nächsten Tage beabsichtigten, mit einem Fiat von Ungarn kommend über die DDR nach West-Berlin einzureisen: „Lt. Mitteilung der Quelle handelt es sich hierbei um eine Aktion, die durch den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Yassir Arafat nicht genehmigt ist. Aus den Informationen der Quelle ist zu entnehmen, daß es sich um einen Transport von Waffen oder Sprengstoff handelt.“ Mielke bat Benkei „um Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausreise der Genannten aus der UVR [Ungarische Volksrepublik]“.<sup>90</sup> Bezug nehmend auf dieses Telegramm teilten die ungarischen Sicherheitsorgane zwei Tage später mit, dass tatsächlich eine fünfköpfige Delegation am 21. April 1979 nach Ungarn gekommen sei. Darunter befanden sich Abu Iyad und der Leiter der Jihaz al-Rasd-Auslandsoperationen, Abu Daud<sup>91</sup>, der zwecks Tarnung einen marokkanischen Reisepass benutzte. Nach sechs Tagen Aufenthalt in Ungarn flogen Daud und ein weiteres Mitglied der Delegation<sup>92</sup> in die DDR weiter: „Bei der Ausreise der genannten Personen in die DDR wurden keine

Waffen und Sprengstoffe festgestellt, so daß die Ausreise nicht verhindert werden konnte. Dagegen waren sie im Besitze von mehreren Pässen. Der PKW mit dem genannten Kennzeichen wurde in der UVR nicht festgestellt.“<sup>93</sup> Die Aktivitäten der beiden Palästinenser in der DDR wurden genau verfolgt – denn das MfS war sich der besonderen Bedeutung Abu Dauds bewusst. Das „Führungsmitglied der ‚FATAH‘ und ihres Nachrichtendienstes ‚RASD‘“ sei

in der Vergangenheit für die Organisation „schwerwiegender Terroranschläge“ wie des Münchner Olympiaattentats verantwortlich gemacht worden: „Er nimmt offensichtlich eine Schlüsselstellung bei der Koordinierung von weltweiten Aktionen der palästinensischen Befreiungsbewegung ein. Sein Auftauchen signalisiert erfahrungsgemäß bevorstehende Aktionen größeren Ausmaßes.“<sup>94</sup>



Bundesarchiv, Bild 183-K1102-032  
Foto: Franke, Klaus | 2. November 1971

Eine PLO-Delegation unter Leitung von Jassir Arafat (Mitte mit Kopftuch und Sonnenbrille) besucht 1971 die DDR-Staatsgrenze am Brandenburger Tor. Quelle: Wikimedia Commons.

Schon am Ostberliner Flughafen Schönefeld beobachtete das MfS, wie sich Daud und sein Begleiter „kurzzeitig“ mit Ilich Ramirez Sanchez, alias „Carlos“<sup>95</sup>, trafen: „Über den Zweck und den Inhalt dieser Zusammenkunft liegen keine Erkenntnisse vor.“ Danach wohnten die beiden Palästinenser im Hotel „Metropol“ in Ost-Berlin, wo sie sich „vorwiegend im Zimmer und den gastronomischen Einrichtungen“ aufhielten: „Aktivitäten hinsichtlich terroristischer Handlungen waren nicht erkennbar“ – dafür trafen sich die beiden mit in der DDR tätigen Arabern und „knüpften auch Intimkontakte zu DDR-Bürgerinnen“. Nach drei Tagen Aufenthalt

flogen die Palästinenser am 1. Mai 1979 mit einer Linienmaschine der „Interflug“ wieder nach Beirut.<sup>96</sup> Der Aufenthalt der hohen Jihaz al-Rasd-Offiziere in Ost-Berlin, in unmittelbarer Nähe zu einem der Anschlagziele, und Abu Iyads Präsenz in Ungarn kurz vor den Festnahmen in der BRD legen nahe, dass es sich eben nicht um eine „Eigenaktion“ gehandelt hatte, sondern um eine massive Operation, deren Ausführung von Schlüsselkräften in großer räumlicher Nähe koordiniert bzw. überwacht wurde. So soll sich auch Abu Tayeb nach den ersten Festnahmen rechtzeitig nach Ost-Berlin abgesetzt haben.<sup>97</sup>

In den Unterlagen der Beauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) findet sich kein eindeutiger Beleg hierfür – allerdings ergeben sich aus relevanten Einzelinformationen Rückschlüsse darauf, warum die Operation gestartet wurde und was diese bezweckte. So erfuhr die MfS-Hauptabteilung II im Mai 1979 „nach inoffiziellen Hinweisen“ von der persönlichen Einschätzung des PLO-Generals Abu Mussa<sup>98</sup>, der sich zu diesem Zeitpunkt in einem DDR-Regierungs-Krankenhaus behandeln ließ. Demnach sei es innerhalb der PLO-Führung vorher zu „Kämpfen und Auseinandersetzungen“ gekommen: Einzelne wichtige Kommandeure aus dem Geheimdienst- und Sicherheitsapparat, vor allem Abu Iyad und sein Untergebener Abu Daud, hätten beabsichtigt, mit Terroraktionen „auf sich aufmerksam zu machen – Kämpfer für sich selbst zu gewinnen und mit Aktionen sich selbst als Kämpfer und Revolutionär zu beweisen“. Weiter heißt es in dem Dokument: „Wie ‚Abu Mussa‘ unterrichtet sein will, wurden sämtliche Terrorunternehmen ohne Wissen von Yasser Arafat organisiert. Außerdem wären große Geldbeträge zur Planung und Vorbereitung ausgegeben worden. ‚Abu Mussa‘ verurteilt diese Unternehmen als Aktionen, welche der Palästinensischen Revolution großen Schaden zufügen und gleichfalls die sozialistischen Staaten belasten. Er denke in diesem Zusammenhang vor allem an eine enorme politische Belastung.“<sup>99</sup> Ein weiterer Gesprächspartner, der Leiter der PLO-Vertretung in der DDR, Nabil Kouleilat, gab nur kryptisch an: „Es war nicht geplant, daß diese Aktion vollendet werden sollte. Es sollte der westdeutschen Regierung nur klar gemacht werden, was auf sie zukommt, wenn sie weiterhin Israel und Ägypten unterstützen.“<sup>100</sup>

Bemerkenswerterweise hatte der Jihaz al-Rasd nur kurze Zeit vor den Anschlagsvorbereitungen in der BRD – und praktisch parallel zu den Kontakten mit dem BKA – damit begonnen, eine Kooperation mit dem MfS aufzubauen. Anfang April 1979 hatte der Offizier Abu Hisham dem MfS vorgeschlagen, „eine umfassendere, offizielle Zusammenarbeit mit strategischem Charakter in allen politischen und Sicherheitsfragen“ herzustellen.<sup>101</sup> Am 22. August 1979, ausgerechnet an dem Tag, als sich in Beirut die beiden BKA-Emissäre mit Abu Hol trafen, weilte Abu Iyad in Ost-Berlin<sup>102</sup> und bestätigte dort gegenüber Mielke und Neiber die im Juni 1979 abgeschlossene Vereinbarung. Thema waren unter anderem die Gespräche mit den westdeutschen Sicherheitsorganen

– über die Abu Iyad das MfS voll einweihte, wie aus dem diesbezüglichen Bericht hervorgeht: „Die bisherigen Kontakte des BKA mit der Fatah-Sicherheit waren auf Fragen des Terrorismus und der möglichen Auslieferung westdeutscher Terroristen ausgerichtet. [...] Abu Ayad [Schreibweise variiert] sicherte zu, dass das MfS über den Inhalt der gegenwärtigen Gespräche mit dem BKA in Beirut voll inhaltlich informiert werde; die DDR solle sicher sein, daß die PLO den Charakter der imperialistischen Politik der BRD und ihrer Geheimdienste richtig einzuschätzen wisse und daß sie nicht in eine Falle gehen werde.“<sup>103</sup> Im Hintergrund spiele Libyen eine „aktive Rolle“, „um diese Kontakte weiterzuführen“. Der Grund dafür sei, erläuterte Iyad, dass die BRD „Kräfte der libyschen Sicherheit“ in Kursen ausbilde und diesen Ausrüstung zur Verfügung stelle, „die sie von keinem anderen Land erhalten können“. Der Innenminister und vor allem der stellvertretende Geheimdienstchef Libyens seien „eng mit der BRD liiert“.<sup>104</sup> Iyad versicherte seinen ostdeutschen Verbündeten, dass seitens der Palästinenser „keine Vereinbarung“ mit dem BKA bestünde: „Der Kontakt erfolgt ausschließlich auf Initiative der BRD-Seite [...]. Die Vereinigte Sicherheit der PLO trete nicht selbst in Erscheinung, sondern kontrolliere und orientiere die Vertreter der Sicherheit der Fatah in diesen Kontakten. Die bisherigen Treffen befaßten sich [...] ausschließlich mit Fragen der möglichen Auslieferung von Bürgern der BRD, die terroristischen Operationen angehören oder angehörten. Hierzu erfolgten seitens der PLO keine Zusagen.“<sup>105</sup>

#### **DAS NEBENEINANDER VON „DIPLOMATISCHEN UND KONSPIRATIVEN AKTIVITÄTEN“ DER PLO**

1979 war in vielerlei Hinsicht ein Schlüsseljahr für die PLO: Im März dieses Jahres trat der in Camp David ausgehandelte ägyptisch-israelische Friedensvertrag in Kraft. Damit war Ägypten, die stärkste Militärmacht der Region, aus dem arabischen Lager ausgeschart. In den vorangegangenen Verhandlungen hatten sich Ägyptens Präsident Anwar as-Sadat und der israelische Regierungschef Menachem Begin zwar auf die Ausarbeitung eines „Selbstverwaltungsstatus“ für die israelisch besetzten Gebiete geeinigt – aber aus Sicht der Palästinenser bedeutete dieser Status nichts anderes als die Fortschreibung israelischer Souveränität auf dem Territorium, das sie für sich

beanspruchten.<sup>106</sup> So berichtete der österreichische Botschafter in Beirut, Herbert Amry<sup>107</sup>, 1979 über eine Atmosphäre der „tiefen Frustration und Bitterkeit“, die sich innerhalb der PLO breitmachte: „Mangels einer entsprechenden israelischen Antwort auf zahlreiche Zugeständnisse und Verhandlungsangebote der PLO hat die Führung der PLO ihrem Volk keine politische Lösung zu bieten; ebenso wenig ist sie in der Lage die Palästinenser gegen israelische Luftangriffe zu schützen und den Palästinensern im Libanon ein sicheres Leben zu ermöglichen. Die einzigen Erfolge, die in den letzten Monaten aus palästinensischer Sicht erzielt werden konnten, waren die Schaffung einer gemeinsamen Front gegen den ägyptisch-israelischen Frieden in Bagdad und die Isolierung Ägyptens.“<sup>108</sup> Zudem war die PLO Ende der 1970er Jahre überhaupt geschwächt: Die Organisation war nach der israelischen Invasion im Libanon 1978 in die Defensive geraten, während sich Spannungen mit arabischen Unterstützern auftraten. Gleichzeitig fügte Israel den Führungskadern im nachrichtendienstlichen „Schattenkrieg“ laufend schwere Verluste zu. Ins Visier genommen wurden die PLO-Kader aber auch von palästinensischen Hardlinern wie dem PLO-Abtrünnigen Abu Nidal<sup>109</sup>, der eine Vendetta gegen gemäßigte PLO-Kader führte, die er als „Verräter“ ansah.<sup>110</sup>

Diese vielfältigen Herausforderungen standen in Kontrast zu den Fortschritten auf politischer Ebene, die die PLO in den vorangegangenen Jahren erzielt hatte: Begonnen hatte dieser Prozess mit dem Auftritt Arafats vor der UN-Generalversammlung am 13. November 1974, wo dieser seine Bereitschaft bekundet hatte, mit Israel zu verhandeln. Der PLO wurde in der Folge nicht nur Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen eingeräumt, es kam auch zu Anerkennungsakten seitens arabischer und afrikanischer Staaten. Als erstes westliches Land genehmigte Frankreich am 31. Oktober 1975 ein PLO-Informations- und Verbindungsbüro in Paris. Weitere Büros wurden in Brüssel (1976) und Madrid (1977) eröffnet.<sup>111</sup> In Bonn nahm 1976 unter dem Vorsitz von Abdallah Frangi die „Informationsstelle Palästina“ die Arbeit auf und unterhielt direkte Kontakte zu hochrangigen deutschen Politikern, zu Parteien, NGOs und Institutionen.<sup>112</sup> Auch in Österreich wurde 1976 die Einrichtung eines PLO-Verbindungsbüros genehmigt, das Ende Januar 1977 bei den in Wien ansässigen internationalen Organisationen eingerichtet wurde. Am 2. März 1977 legte Ghazi Hussein im Außenmi-

nisterium ein Beglaubigungsschreiben vor, wonach ihn das PLO-Exekutivkomitee mit Wirkung vom 1. Januar 1977 akkreditiert habe. Hussein beklagte bei dieser Gelegenheit „die Ungeklärtheit seines Status und die Schwierigkeiten, die sich bei der Unterbringung ergeben“. Er sei in der Erwartung nach Wien gekommen, „hier ein Informationsbüro betreiben zu können; nunmehr stelle sich heraus, dass seine Funktion nur die eines Beobachters bei den internationalen Organisationen sei.“<sup>113</sup> Ungeachtet dessen sah es Hussein als seine Aufgabe an, Kontakte zur österreichischen Polit- und Medienszene zu knüpfen: „Ich werde meine Anwesenheit dahingehend nutzen, die Internationalen Organisationen und die österreichische Öffentlichkeit mit der Haltung der PLO zu den verschiedensten Fragen, die den Frieden, die Stabilität und den Fortschritt im Nahen Osten betreffen, vertraut zu machen.“<sup>114</sup> Gegenüber *profil* konkretisierte Hussein: „Ein besseres Verständnis für unsere politische Haltung führt zu einer besseren Zusammenarbeit in ökonomischer Hinsicht.“ Dies sei zu beider Nutzen, denn „die arabischen Länder sind unermesslich reich. Und Europa braucht uns. Und wir brauchen Europa, die Technologie und das Know How.“<sup>115</sup> Für den kritischen Kolumnisten der *Kronen Zeitung*, „Staberl“, war das nichts anderes als ein „Bestechungsangebot“: „Wenn wir freundlich zu der PLO sind, dann werden wir mit den arabischen Staaten, die ja so unermesslich reich sind, Geschäfte machen dürfen. Dann wird auch für uns vom arabischen Reichtum ein bisschen was abfallen [...] Man muss dem PLO-Vertreter für seine zynische Offenheit eigentlich Danke sagen.“<sup>116</sup> Bereits im Oktober 1978 wurde Hussein als offizieller Beobachter bei der UN-Entwicklungshilfeorganisation (UNIDO) mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Diplomaten in Österreich.<sup>117</sup> Wohnung bzw. Büro Husseins befanden sich bis Anfang Juni 1981 in der Mollardgasse 29, danach in einer Villa in der Wambachergasse Nr. 10.<sup>118</sup>

Die Aufnahme von politischen Beziehungen zur PLO war ein Kernelement der aktiven Neutralitätspolitik von Bundeskanzler Bruno Kreisky, die sich insbesondere auf den Nahen Osten konzentrierte – wegen dessen geopolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung, aber auch, weil internationale sowie heimische Sicherheitsinteressen betroffen waren. Denn Österreich fungierte seit Mitte der 1960er Jahre als Transitland für die jüdische Emigration aus Osteuropa nach Israel, wovon ein beträchtliches

Risiko ausging, wie die Geiselnahme von Marchegg 1973 zeigte. 1986 meinte Kreisky gar, dass eben wegen seiner Nahostpolitik Hunderttausende Juden nach Israel ausgewandert seien, „ohne dass jeden Monat in Schwechat [Flughafen Wien] eine Bombe explodiert ist.“<sup>119</sup>



1978 bis 1981 wohnte und arbeitete Ghazi Hussein in der Wiener Mollardgasse. Quelle: Autor.

Kreisky hatte schon früh die Bedeutung der PLO erkannt. Das „Innovative“ an seinem Zugang bestand laut Biograf Wolfgang Petritsch darin, „die Palästinenser als ein eigenes Volk anzuerkennen“ – zu einem Zeitpunkt, als in der internationalen Politik noch allgemein von „den Arabern“ die Rede war.<sup>120</sup> Dass die PLO Anfang der 1970er Jahre in den internationalen Terrorismus verstrickt war, bedeutete für Kreisky kein Hindernis bei der Annäherung. „Das Mittel des Terrors ist nicht neu“, meinte der Bundeskanzler 1976 in einem Interview mit der *Arbeiterzeitung* – „nicht einmal die zionistische Freiheitsbewegung hat auf den Terror verzichtet. Ich bin gegen den Terror als Methode, aber ich kann nur sagen, es hat viele Bewegungen gegeben, die solange sie illegal waren, terroristisch waren. Als sie dann ihr Ziel erreichten, haben sie ihren brutalen Charakter verloren. Deshalb bin ich für die Lösung des Palästinenserproblems.“<sup>121</sup>



Ab 1981 befand sich die Residenz des PLO-Botschafters in der Wambachergasse, Wien-Hietzing. Quelle: Autor.

Kreisky, der im Auftrag der Sozialistischen Internationale (SI)<sup>122</sup> zwischen 1974 und 1976 im Nahen Osten die Chancen einer Friedenslösung ausgelotet hatte, trachtete danach, eine Normalisierung der PLO von einer Terrororganisation in eine politische Kraft zu unterstützen.<sup>123</sup> Sein wichtigster Kontakt auf palästinensischer Seite war Issam Sartawi<sup>124</sup>, den er zwischen 1977 und 1983 mehr als 50 Mal treffen sollte. Bereits nach der ersten Begegnung skizzierte Sartawi für Kreisky eine konkrete Friedenslösung.<sup>125</sup> Im Fall einer Rückgabe des Westjordanlands, des Gazastreifens und der Enklaven Humma und Audscha-Hafir könnte ein „nicht-kriegführender Status“ („a status of non-belligerency“) zwischen einem zukünftig souveränen Palästinenserstaat und Israel festgelegt werden. Bis dahin müssten freilich noch weitere offene Fragen wie das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge geklärt werden. Wie Sartawi anmerkte, hatte gerade Westeuropa ein eminentes Interesse, beim Zustandekommen eine konstruktive Rolle zu spielen, da wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand vom fortgesetzten Fluss arabischen Öls abhängig seien.<sup>126</sup> Kreisky ließ Sartawis Text am 13. Februar 1977 als „bedeutendes Dokument“ in der *Arbeiterzeitung* veröffentlichen: „Die Wende in der PLO-Haltung“. Allerdings ergab sich beim darauf folgenden PLO-Kongress im März 1977 keine entsprechende Modifikation der PLO-Charta. Wie Sartawi im *Spiegel* schilderte, gab es vielmehr einen „Aufstand“ gegen ihn, „ebenso wie es in Österreich einen Sturm der Entrüstung gegen Kreisky gab“: „Mir wurde vorgeworfen, ich sei ein Defätist und Verräter, Kreisky wurde gerügt, weil er sich mit einem ‚Terroristen‘ eingelassen habe.“<sup>127</sup> Um dem moderaten PLO-Flügel den Rücken zu stärken, protegierte Kreisky Geheimgespräche Sartawis mit Exponenten des Israel-Palastine Peace Council

(IPC), darunter Matti Peled, Arje Eliav und Uri Avnery.<sup>128</sup> Weiters sorgte er für die Vernetzung von PLO-Repräsentanten mit Entscheidungsträgern der SI und trachtete danach, Arafat „salonfähig“ zu machen. Höhepunkt dieser Bemühungen war der Empfang des PLO-Vorsitzenden im Beisein von SI-Präsident Willy Brandt am 8. Juli 1979 in Wien.<sup>129</sup> „Von diesem Tag an“, so Abdallah Frangi rückblickend, „bröckelte die europäische Ablehnungsfront gegen Arafat. Dass ein Willy Brandt und ein Bruno Kreisky sich nicht scheuten, mit Arafat zu reden, war für ihn die beste Visitenkarte. Vom Prestigegewinn abgesehen sprang bei den Wiener Gesprächen für die Fatah die konsultative Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale heraus [...]“.<sup>130</sup>



Bundeskanzler Bruno Kreisky (rechts). Quelle: Wikimedia Commons.

Ein weiteres Zeichen setzte Kreisky, indem Österreich als erster westlicher Staat die PLO 1980 offiziell anerkannte. Zunächst hatte der Bundeskanzler am 26. September 1979 vor der 34. Generalversammlung der UNO ein leidenschaftliches Plädoyer für direkte Verhandlungen mit den Palästinensern gehalten.<sup>131</sup> Deren Vorsitzender Arafat teilte Kreisky in einem Brief vom 5. Dezember 1979 mit, er habe unter Berufung auf die Rede des Bundeskanzlers vor der UNO Ghazi Hussein zum Vertreter der PLO bei der österreichischen Bundesregierung ernannt: „On my behalf, I grasp this opportunity to extend to you our dear friend, to your friendly people and your revered government our sincere greetings and high appreciation, as well as on behalf of the Palestinian people and its sole legitimate representative, the PLO.“<sup>132</sup> In einem Schreiben Kreiskys vom 11. März 1980 wurde dies bestätigt: „Considering the fact that the PLO is the representative of the Palestinian people, the Austrian Federal Government takes note that Mr. Ghazi Hussain [Schreibweise variiert] has been appointed the representative of the PLO to the Austrian Federal Government.“<sup>133</sup> Zwei Tage später wurde

dieser Schritt von Außenminister Willibald Pahr in einem Interview mit der *Arbeiterzeitung* öffentlich bekanntgegeben: „Wir haben das zur Kenntnis genommen, und alle Behörden des Bundes und der Länder darauf hingewiesen, dass in Hinkunft, wenn es um Fragen des palästinensischen Volkes beziehungsweise der PLO geht, mit Herrn Hussain, der offiziell die PLO in Österreich vertritt, zu verkehren ist.“<sup>134</sup> Dabei handelte es sich um eine „neue Form einer diplomatischen Anerkennung“, die es früher so nicht gegeben habe, indem sie gegenüber einem Volk ohne Staat und eigenes Territorium erfolge, führte Kreisky in einem ORF-Interview weiter aus.<sup>135</sup> Die Initiative zielte letztlich darauf ab, Arafat dabei zu unterstützen, die innerlich zersplitterte PLO hinter einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu vereinen und international eine Vorbildwirkung zu entfalten. Indirekt sollte auch Terror von Österreich ferngehalten werden, indem man danach trachtete, den Krisenherd Nahost präventiv zu entschärfen.<sup>136</sup> Nicht umsonst hatte Issam Sartawi im Zuge einer Vorbereitungsbesprechung zum Wiener Empfang Arafats dem westdeutschen Staatsminister Wischniewski eingeschärft: „Nur durch eine politische Perspektive wäre es möglich, PLO-Einheiten von Kamikaze-Unternehmungen gegen Israel abzuhalten. Deshalb müsse Westeuropa einen Schritt in Richtung einer Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes tun.“<sup>137</sup>

Anders als von Kreisky erhofft, war das Echo gering: Beispielsweise erklärte Staatssekretär Klaus Bölling, die österreichische Anerkennung der PLO habe für die BRD keinen Modellcharakter.<sup>138</sup> Bundeskanzler Helmut Schmidt<sup>139</sup> hatte die westdeutsche Regierungsmeinung in dieser Frage Ende September 1979 so zusammengefasst: „Eine Anerkennung der PLO als rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes kommt für uns so lange überhaupt nicht in Frage wie die PLO nicht bereit ist, das Existenzrecht Israels in gesicherten Grenzen anzuerkennen.“<sup>140</sup> Um die Palästinenser nach den Sondierungen Sartawis und dem Wiener Treffen „nicht völlig ins Leere stoßen zu lassen“, wurde als „Geste“ lediglich die Spende von zwei Krankenambulanzen an den Roten Halbmond ins Auge gefasst – wodurch gewährleistet schien, dass dies nicht als „Abweichen“ von der Grundsatzposition verstanden würde.<sup>141</sup>

Als wichtigste Konsequenz der politischen Aufwertung der PLO ist die Erklärung der EG-Regierungschefs von Venedig am 12./13. Juni 1980 anzusehen. Diese hielt fest, dass das „Palästinenserproblem“

endlich eine „gerechte Lösung“ finden müsse. Eine offizielle Anerkennung der PLO unterblieb freilich.<sup>142</sup> Kreisky teilte Schmidt daraufhin persönlich die Stellungnahme „eines der führenden Mitglieder der PLO, das als unabhängig und gemäßigt gilt“, mit: „Europa müsse die PLO als einzige legitime Vertreterin ansehen. Die PLO sei keine Partei, sie umfasse Rechte wie Linke und sie sei zur Zeit eben der palästinensische Staat bzw. die palästinensische ‚Entite‘ und zwar die einzige. [...] Was die Palästinenser nach wie vor wollen, sei der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und die Einrichtung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet der Westbank und Gaza.“<sup>143</sup> Wie der Gesandte Heribert Tschofen die österreichischen Missionschefs im arabischen Raum und in Washington informierte, kam die EG-Erklärung „zwar den Palästinensern weiter entgegen als die bisherigen Äußerungen der Gemeinschaft, kann sich aber, da sie ein ‚package deal‘ enthält, nur auswirken, wenn die PLO ihre Einstellung gegenüber Israel ändert, was derzeit nicht erwartet werden kann“. Die PLO fasse „Entgegenkommen nicht als Aufforderung auf, selbst sich flexibler zu zeigen“.<sup>144</sup>

Aus palästinensischer Sicht war „den vielen schönen Worten“ schlicht „nicht viel“ gefolgt. Abdallah Frangi machte dafür vor allem die USA verantwortlich, die den Europäern „jeden politischen Handlungsspielraum im Nahen Osten verwehrten“.<sup>145</sup> Die USA hatten im Kontext des Kalten Krieges Distanz zur PLO gehalten. Laut dem ehemaligen Außenminister Henry Kissinger kam Kreiskys Vision eines palästinensischen Staates für die Regierung in Washington „zu früh“: „In den Siebzigerjahren unterstützten wir die Anerkennung der PLO nicht, denn wir wollten Hussein [gemeint ist König Hussein von Jordanien] als Verhandlungspartner haben. Und wir wollten, dass die PLO als Vorbedingung auf Gewalt und Terror verzichtet. In dieser Frage haben wir mit Kreisky nicht übereingestimmt.“<sup>146</sup> Für die negative US-Haltung war auch die israelische Position mitentscheidend: Die PLO wurde als terroristische Organisation angesehen, die es auf die Zerstörung des jüdischen Staates abgesehen hatte. Die auch nach 1974 fortgesetzten Anschläge in den besetzten Gebieten und Israel beantwortete die 1978 an die Macht gekommene Rechtsregierung von Menachem Begin<sup>147</sup> mit militärischen Gegenschlägen in den Libanon (1978, 1982) und kategorischer Ablehnung von Verhandlungen ohne vorangegangene Konzessionen.

Dies führte wiederum zu einer Verhärtung, wie Botschafter Amry 1980 aus dem Libanon meldete: „Die Frage ob und wie weit die palästinensische Führung zu einem Kompromiss bereit und in der Lage ist, wird daher erst beantwortet werden können, wenn auf israelischer Seite eine Führung vorhanden ist, die ihrerseits bereit ist, die von der PLO gegenüber Westeuropa deklarierte Kompromissbereitschaft auf die Probe zu stellen.“<sup>148</sup> Auch Kreisky übte in einem Interview mit *Maariv* Kritik in diese Richtung: „Meiner Meinung nach existierte in der PLO eine realistische Strömung, die Arafat repräsentiert. Freilich wurde diese Strömung schwächer, als sich herausstellte, dass von Seiten Israels kein ‚Response‘ kommt. So ist es eben in der Politik: Eine Bereitschaft zu verhandeln hat nur dann Sinn, wenn es einen Partner gibt, der ebenfalls verhandlungsbereit ist. Wenn eine der Seiten taube Ohren hat, nützt die Bereitschaft zu verhandeln nichts.“<sup>149</sup>

Während Arafat also bei der Weigerung, Israel offiziell anzuerkennen, blieb, versagten die europäischen Staaten ihrerseits die Anerkennung der PLO: „Daran“, so Abdallah Frangi, „ließ sich nichts ändern. Arafat wollte sich die Anerkennung Israels für direkte Verhandlungen mit Israel aufsparen, er dachte gar nicht daran, dieses Pfand aus der Hand zu geben – das verlangten die Regeln der Staatskunst [...]“.<sup>150</sup> Das Stocken der Verhandlungen stärkte wiederum die Position der radikalen Kleingruppen innerhalb und außerhalb der PLO, die dieser Strategie immer schon ablehnend gegenübergestanden waren und stattdessen die Notwendigkeit des „bewaffneten Kampfes“ betonten. Damit bedienten diese Kräfte auch die Interessen ihrer staatlichen Sponsoren Irak, Syrien und Libyen, die über diese Unterstützerrolle Einfluss innerhalb der palästinensischen Bewegung nahmen. So kam es dann zwischen Ende der 1970er und Ende der 1980er Jahre zu einem erneuten Anstieg palästinensischer Terroraktionen in Westeuropa, der sich für die PLO ausgesprochen negativ auswirkte. Als beispielsweise die von Syrien unterstützte Saika fünf Tage nach dem Treffen Arafats mit Kreisky und Brandt die ägyptische Botschaft in Ankara überfiel, kritisierte der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Richard Meier: „An einem Tag wird verhandelt, am nächsten werden Bomben geschmissen.“<sup>151</sup>

Schon nach der Explosion in der Wiener Synagoge und den Verhaftungen in der BRD hatte Kreisky deswegen einen persönlichen Brief an Arafat

geschrieben, in dem er schwere Vorwürfe erhob: „I must confess that I am shocked and dishearted by this selfdefeating activity. Apart from the immorality of attacking a Europe which has officially supported the Palestinian cause at the expense of antagonising traditional allies, these senseless acts of terror, should they continue, will rob the Palestinian cause of the sympathy it has acquired in recent years and might even cause a reversal of European positions. I personally was deeply hurt by the attack made against the Jewish synagogue in Vienna.“ Offenbar hatte Kreisky über Sartawi die Erklärung erhalten, dass die Saika für den Anschlag verantwortlich<sup>152</sup> war und dass deren Anführer Zuhair Muhsin<sup>153</sup> dafür von Arafat bestraft worden sei: „This however, does not change the fact that the attack was carried out under the Palestinian flag and by a group affiliated to the PLO.“<sup>154</sup> In seinem Antwortschreiben vom 19. Mai 1979 führte Arafat die Gewalteskalation auf die Haltung der israelischen Regierung zurück. In der Vergangenheit hätten sich die Palästinenser bemüht, ihre politischen Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Unglücklicherweise habe all diese Aktivität keine konstruktive Antwort seitens der USA, Westeuropas und von anderen Staaten hervorgerufen. Dieses Scheitern habe bei den Randgruppen innerhalb der palästinensischen Bewegung die Überzeugung gestärkt, dass nur Gewalt hilfreich sei. Abschließend stellte Arafat jede direkte Verantwortung der PLO in Abrede: „This explains the unfortunate happenings which took place in Europe recently and to which you referred in your letter. The PLO has firmly denied any link to these acts of senseless violence and wholly share your concern about them. I want to assure you that I will exert all my efforts to see to it that all fringe groups desist from these activities and that they are expediently brought to an end.“<sup>155</sup>

Wie aus Arafats Brief hervorgeht, fiel es der PLO-Führung zunehmend schwer, den beträchtlichen „Geländegewinn“, den sie seit Anfang der 1970er Jahre durch Guerillaoperationen, Terrorismus und Diplomatie errungen hatte, politisch zu konsolidieren.<sup>156</sup> Eine besondere Rolle spielte hierbei die Verfasstheit der PLO: Im Grunde handelte es sich bei der 1964 gegründeten Organisation um einen Dachverband verschiedener nationalistischer Gruppierungen. 1969 hatte Arafat als Anführer der zahlenmäßig stärksten Gruppe, der Fatah, den PLO-Vorsitz übernommen und diesen bis zu seinem Tod 2004 innegehabt. Die „buntscheckige Zusammensetzung“

der PLO, betont Frangi, sei „Stärke und Schwäche“ zugleich gewesen: „Stärke, weil die PLO angesichts der herrschenden Meinungsvielfalt gezwungen war, sich in Demokratie zu üben; Schwäche, weil linke und radikale Gruppen sich mit der PLO im Rücken ermutigt fühlten, auf eigene Faust zu operieren, und die Fatah weder gewillt noch fähig war, alle Strömungen zu kontrollieren.“<sup>157</sup> Schon 1968/69 hätten Ägypten, Saudi-Arabien, Kuwait und Katar die Fatah ermutigt, die volle Kontrolle über die PLO zu übernehmen, als sich deren Prestige nach dem „Sieg“ von Karameh<sup>158</sup> auf dem Höhepunkt befand. Doch Arafat lehnte ab, weil er lieber durch Konsens regieren wollte als durch Mehrheit. Außerdem hätte ein solcher Vorstoß die Gegnerschaft jener arabischen Regime hervorgerufen, die hinter den Kleingruppen standen. Darüber hinaus befürchtete er interne Auseinandersetzungen, die zum Zerfall der PLO hätten führen können.<sup>159</sup>



PLO-Vorsitzender Jassir Arafat, 1974. Quelle: Wikimedia Commons.

Diese fragmentierte Struktur und die damit verbundene Möglichkeit für Hardliner, ihre Position einzuzementieren, war einer der Hauptgründe dafür, dass es nach 1973 nicht gelang, einen offiziellen Platz in Friedensverhandlungen zu erhalten.<sup>160</sup> Wie Botschafter Amry 1980 nach Wien meldete, lief im Grunde alles auf die Person Arafat zu: „Die PLO ist politisch stark zersplittert, große politische Divergenzen bestehen nicht nur zwischen den verschiedenen Organisationen, sondern selbst innerhalb

der führenden Fatah-Bewegung zwischen den einzelnen Führern. Allein Arafat dürfte für die Massen der palästinensischen Diaspora genügend Charisma besitzen, um trotz der jüngst erfolgten Schwächung seiner Stellung (Fatah Kongreß), den Abschluß eines Kompromißfriedens wagen zu können, mit der Hoffnung, einen Großteil der Palästinenser mit sich zu ziehen.<sup>161</sup> Bedingt durch seine schwache Stellung als PLO-Vorsitzender war Arafat jedoch nur in der Lage, sich zu halten, indem er die verschiedenen heterogenen und auseinanderdriftenden Interessen lediglich moderierte.<sup>162</sup> Das ließ machtvollen Apparaten innerhalb der PLO wie dem Jihaz al-Rasd viel Raum zur Entfaltung. Dessen Leiter Abu Iyad war seit Anfang der 1970er Jahre einer der wichtigsten Vertreter einer aggressiven Guerilla- und Terroris- musstrategie.<sup>163</sup> Weil die Israelis die Palästinenser vertrieben hätten, sei es notwendig, quasi überall gegen Israel Krieg zu führen. Der Widerstand solle sich klandestiner Netzwerke bedienen und so weltweit im Untergrund operieren („it is normal to enlarge [the] field of battle“).<sup>164</sup> Ab 1971 rief Abu Iyad zu einer Eskalation der internationalen Operationen auf, weil er sich davon eine Stärkung der palästinensischen Moral und Prestigegewinn auf internationaler Ebene versprach. Der Feind sei nicht nur Israel, sondern auch die USA und die „reaktionären“ arabischen Regime.<sup>165</sup> Am bekanntesten ist die Rolle Abu Iyads als inoffizieller Anführer des „Schwarzen September“. Diese Terrorgruppe war nach der Vertreibung der PLO aus Jordanien (1970) gegründet worden und verübte die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972. Abu Iyad stritt zeitlebens ab, etwas mit dem „Schwarzen September“ zu tun gehabt zu haben.<sup>166</sup> Gleichzeitig strich er in seinen Memoiren heraus, dass der Münchner Anschlag in einem Punkt ein großer Erfolg gewesen sei: „World opinion was forced to take note of the Palestinian drama, and the Palestinian people imposed their presence on an international gathering that had sought to exclude them.“<sup>167</sup>

Gerade am Beispiel München 1972 zeigt sich, dass die PLO es verstand, Terrorismus kalkuliert einzusetzen, um so einerseits auf ihre Sache aufmerksam zu machen und andererseits Druck in Richtung einer politischen Anerkennung auszuüben. So ist mittlerweile belegt, dass der „Schwarze September“ keine Aktion radikalierter Fatah-Kämpfer war, sondern eben über Abu Iyad zentral gesteuert wurde.<sup>168</sup> Noch deutlicher wurde diese Funktionalität des Terrorismus bei der

letzten Operation des „Schwarzen September“: Am 1. März 1973 überfiel ein Kommando die Residenz des saudischen Botschafters in Khartum – dabei wurden die beiden US-Diplomaten Cleo Noel und George Curtis Moore sowie der belgische Charge d’affaires ermordet. Anfang Juli 1973 wurde der CIA-Stationschef in Beirut, Robert C. Ames, zu einem geheimen Treffen mit seinem langjährigen Vertrauensmann in der PLO, Ali Hassan Salameh, geladen. Dieser erklärte Ames, warum die Diplomaten getötet worden waren – man wollte die USA dazu bringen, die Palästinenser ernst zu nehmen: „The fedayeen<sup>169</sup> have no plans to go after individual Americans or American interests; Khartoum had made its point of causing the USG [United States Government] to take fedayeen terrorist activity seriously. [...] Arafat wanted the USG to know that he had ‚put the lid on‘ American operations by the fedayeen and that the lid would stay on as long as both sides could maintain a dialogue, even though they might have basic disagreements.“<sup>170</sup> Der geforderte Dialog kam tatsächlich zustande: CIA-Vizedirektor Vernon Walters traf am 3. November 1973 in Marokko mit einem hohen PLO-Funktionär zusammen. Wenngleich das Treffen politisch nicht viel erbrachte, erhielt Walters die Zusage, dass die Fatah künftig keine Angriffe mehr auf US-Bürger unternehmen würde.<sup>171</sup> Der „Schwarze September“ wurde noch 1973 aufgelöst. Ihre Hauptfunktion hatte die Organisation erfüllt, weiterer Terror wurde als kontraproduktiv eingeschätzt. Dafür wurden nun Signale an der diplomatischen Front gesetzt: In der zweiten Jahreshälfte 1973 distanzieren sich die moderaten Fatah-Führer von den Auslandsoperationen. Bei einem Treffen in Damaskus 1974 wurde entschieden, den Widerstand auf die besetzten Gebiete zu beschränken.<sup>172</sup>

Ebenso könnte auch die Operation des Jihaz al-Rasd 1979 dazu gedient haben, wieder Bewegung in den politischen Prozess zu bringen. Andererseits ging es auch darum, den Kampf gegen Israel an der europäischen Front fortzusetzen. Abu Iyad äußerte sich gegenüber dem *Spiegel* folgendermaßen: „Wir müssen Waffen für unsere Widerständler in die besetzten Gebiete bringen. Für diese Aufgabe haben wir hier Männer ausgewählt. Natürlich bin ich dafür verantwortlich. Warum soll ich das nicht sagen?“ Die Aktion habe vorgesehen, „die Waffen und Bomben an ihrem Bestimmungsort auf ein Schiff zu verladen, das nach Israel fährt“. Die zweite Gruppe von PLO-Männern habe den Auftrag gehabt, „Waffen in

Berlin zu lagern“. Abu Iyad versicherte, „sie sollten in der Bundesrepublik keine Aktionen unternehmen“. Dies bedeute aber nicht, „dass so etwas in Zukunft ausgeschlossen ist [...]“.“<sup>173</sup> Dass die konspirativen Aktivitäten nach 1979 unvermindert fortgeführt wurden, belegt ein Protokoll über ein Treffen zwischen MfS-Offizieren und Abu Hisham am 1. Februar 1980: Letzterer informierte über „Absichten der PLO, Anschläge gegen Personen und Einrichtungen der BRD; Personen und Einrichtungen Israels in der BRD; Palästinenser in der BRD, die als Verräter entlarvt wurden durchzuführen“. Hisham begründete dies damit, „daß die BRD als feindliches Land angesehen wird und die feindliche Tätigkeit Israels in der BRD gegen die PLO solche terroristischen Angriffe rechtfertige“. Weil man jedoch keine Aktivitäten durchführen wolle, „die nicht auch im Interesse der DDR liegen“, fragte Hisham nach: „Ist die DDR an vorgenannten Aktionen interessiert?“ Die Antwort der MfS-Delegation laut Protokoll: „Das MfS mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der PLO. Das betrifft auch Entscheidungen über bestimmte Aktionen.“ Abu Hisham fragte dann: „Können der PLO Informationen über Personen und Objekte in der BRD zur Durchführung von Aktionen übergeben werden?“ Aus dem Dokument geht hervor: „Informationen über bestimmte Personen wurden der Vereinigten PLO-Sicherheit [Jihaz al-Rasd] übergeben.“ Allerdings legte das MfS Wert darauf, „daß das Territorium der DDR nicht als logistischer Stützpunkt betrachtet werden darf“. <sup>174</sup> In welcher Form diese Vorhaben tatsächlich umgesetzt wurden – darüber gibt ein *Spiegel*-Artikel von 1982 Aufschluss. Damals beklagte das BfV, dass die BRD ein „Tummelplatz“ für verschiedene palästinensische Gruppierungen geworden sei: „Die Extremisten haben nicht nur den Kampf gegen die Israelis im Sinn, sie befehlen sich auch gegenseitig, haben mächtige Hintermänner, werden aus Beirut oder Bagdad, aus Syrien oder Südjemen gesteuert. Konflikte innerhalb der PLO, Schwierigkeiten der syrischen Regierung mit der opponierenden Moslembruderschaft werden auch auf deutschem Boden ausgetragen.“ Die BRD werde als „logistische Basis“ für Anschläge im Nahen Osten und in den besetzten Gebieten genutzt. Vor allem Abu Iyad sei „der heimliche Anführer einer Opposition gegen Arafat, die dessen diplomatischen Kurs nicht für erfolgversprechend hält“, so der *Spiegel*.<sup>175</sup>

Bereits im August 1981 war ein Komplott des Jihaz al-Rasd in Österreich vereitelt worden: Offenbar

war geplant gewesen, den ägyptischen Präsidenten Sadat bei einem Besuch in Österreich zu ermorden – aus Rache für den „Verrat“ von Camp David. Das Unternehmen scheiterte, weil ein Waffentransport verraten worden war. Seinen MfS-Kontaktleuten erzählte Abu Iyad folgendes: „1981 war Abu Daud beauftragt, einen Anschlag auf den Präsidenten Ägyptens, Sadat, während dessen Besuchs in Wien zu organisieren. [...] In Wien konnte er den geplanten Kontakt mit einer anderen Gruppe nicht herstellen. Auch stellte er gewisse Kontrollmaßnahmen fest. Er habe daraufhin beschlossen, sich mit dem ersten Flugzeug in Sicherheit zu bringen.“<sup>176</sup> Und zwar war am 29. Juli 1981 eine AUA-Maschine aus Beirut kommend in Schwechat gelandet. Unter den Passagieren befanden sich der 35jährige Oberstleutnant Ahmed Khidir Issa, alias „Abu Khaled“, von Arafats Leibwache „Force 17“ und sein 31jähriger Adjutant Ali Mohamed Hamed. Die beiden Palästinenser wurden von PLO-Botschafter Ghazi Hussein erwartet, als es plötzlich zum polizeilichen Zugriff kam.<sup>177</sup> In den drei Koffern der Palästinenser wurden eine Kalaschnikow-Maschinenpistole, vier Sturmgewehre, sechs Handgranaten und 19 Magazine mit 525 Schuss Munition sichergestellt.<sup>178</sup> Kreiskys Enttäuschung darüber war groß: In Bad Wörishofen auf Kur weilend, rief er eine sichere Verbindung im PLO-Hauptquartier an und sagte zu Arafat in ernstem Ton: „I feel deeply betrayed.“<sup>179</sup>

Die Affäre hatte unmittelbare Konsequenzen für Hussein. Innenminister Erwin Lanc gegenüber der *Kronen Zeitung*: „Es gibt bisher keinen Beweis dafür, dass Dr. Ghazi Hussein über den Waffenschmuggel Bescheid wusste, aber unser Vertrauen in ihn als offiziellen PLO-Vertreter ist dennoch schwer erschüttert. Es ist Tatsache, dass er einen der beiden Männer uns als Informanten über die Abu-Nidal-Gruppe empfohlen hat, und es ist weiters Tatsache, dass er die zwei schwerbewaffneten Araber im Flughafen erwartete.“ So musste auch Hussein nur einen Tag nach der Abschiebung der beiden Waffenschmuggler, am 10. August 1981, Österreich Richtung Beirut verlassen.<sup>180</sup> Als Angehöriger der „Saika“, einer von Syrien unterstützten Gruppe innerhalb der PLO, war ihm die österreichische Regierung bereits vor den Ereignissen von Schwechat reserviert gegenüberstanden. Der PLO-Botschafter hatte sich nämlich laut *Kurier* beharrlich geweigert, die Wiener Außenstelle durch Mitarbeiter aus Arafats Umfeld zu erweitern. „Er blieb alleine – vermutlich um seine Arbeit

unkontrollierter fortsetzen zu können. Intensiven Kontakt unterhielt Ghazi Hussein dagegen mit der syrischen Botschaft in Budapest<sup>181</sup>, die als Zentrale des syrischen Geheimdienstes für Mittel- und Südeuropa gilt. Undurchsichtig bleibt vorerst die Rolle

seiner Ehefrau Rosi, die – aus der DDR kommend – offenbar eigene politische Interessen verfolgt und in den letzten Tagen vor der Rückberufung nach Beirut eindeutig das Kommando über ihren panisch gewordenen Ehemann übernahm (ein Eingeweihter).<sup>182</sup>



**Arbeiterzeitung**  
Ogpr. 1983  
O. Nr. 83

**S 6,-** Montag, 11. 4. 1983

**TAGBLATT FÜR ÖSTERREICH**

**Wochenende: 12 Verkehrstote**

WIEN (AZ). Traurige Verkehrsbilanz vom Wochenende: Mindestens zwölf Menschen kamen auf Österreichs Straßen ums Leben. Die Opfer waren fast alle unter 20 Jahre alt. Die Lenker führen meist mit überhöhter Geschwindigkeit. Einer der tragischsten Unfälle ereignete sich Samstagabend in Niederösterreich: Der 18jährige Roland Fuchs aus Felkdorf, der erst vier Tage den Führerschein besaß, prallte gegen Bäume. Zwei Jugendliche starben, eine 18jährige schwabte in Lebensgefahr (Seite 9).

**Torschütze ad/NE 2:0: Schachner**

WIEN (AZ). Herbert Prohaska und Walter Schachner kommen heute als Sieger zum Team. Prohaska gewann mit Roma gegen Catania ebenso 2:0 wie Schachner mit Cesena gegen Torino. Prohaska erhielt die Freigabe für Österreichs Probispiel morgen in Groningen (Holland) im letzten Augenblick. Schachner erzielte gegen Torino sein achties Meisterschaftstor. Der Trainingspartner des Aufgebots von Erich Hof verlor zuletzt gegen HSV Eindhoven 0:6 und ist Achter (Bericht auf Seite 9).

**So starb Issam Sartawi**

**Augenzeugenbericht von AZ-Redakteur Georg Hoffmann-Ostenhof / Seite 2**

Kreisky-Preisträger und PLO-Vertreter Issam Sartawi bei SI-Kongreß in Portugal erschossen

# Abu-Nidal-Gruppe bekennt sich zum Mord an Sartawi

**ALBUFEIRA (AZ, ap, afp, dpa, apa).** Während im Kongressaal des Hotels Montecoro in Albufeira in Portugal Sonntag vormittag die Sozialistische Internationale über eine Resolution zum Nahostproblem beriet, fiel in der Halle des Hotels der 50jährige PLO-Vertreter und Beobachter des Kongresses, Dr. Issam Sartawi, einem Mordanschlag zum Opfer: Ein etwa 30jähriger Mann zog vor den Augen von rund 20 Touristen und drei Gesprächspartnern Sartawis plötzlich eine Pistole und schoss aus allernächster Nähe auf den PLO-Politiker. Sartawi brach tot zusammen. Der Mörder konnte flüchten. Unmittelbar nach der Bluttat hat die berüchtigte Abu-Nidal-Gruppe, die auch den Mord an dem Wiener Stadtrat Heinz Mittel organisierte, die Verantwortung für das Attentat übernommen.



Von mehreren Schüssen aus nächster Nähe in Kopf und Brust getroffen, brach das Opfer tot zusammen. Foto: AP

Die Ermordung des PLO-Funktionärs, der bei vielen Konferenzteilnehmern sehr angesehen war, löste in Albufeira Betroffenheit und Empörung aus. Der israelische Oppositionsführer Schimon Peres sprach von einem verbrecherischen Anschlag. Der Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei sagte von der Kongressbrüchigkeit. Die Kugel, die sein Leben ausgelöscht hat, war gegen den Geist der Mäßigung gerichtet. Issam Sartawi wollte eine geistige Linie überschreiten. Wir konnten ihm nicht folgen, waren uns aber seines Mutes bewußt.

Sartawi hatte Abu Nidal wiederholt besonders scharf angegriffen. „Ich würde Abu Nidal vor Gericht stellen, sobald ein palästinensischer Staat errichtet ist“, sagte Sartawi in einem Interview in London. „Er liefert Israel den Vorwand, den Angriff zu beginnen, der zu katastrophalen Ergebnissen für die Palästinenser im Libanon geführt hat. Jetzt rühmen Extremisten wie Abu Nidal

## Kreisky erschüttert: „Er war ein Mann der Verständigung“

WIEN (AZ). Bundeskanzler Kreisky zeigte sich tief erschüttert über den Tod Sartawis. „Mit ihm hat die PLO einen ihrer mutigsten und klügsten Männer verloren“, sagte Kreisky in Innsbruck, als die Nachricht von dem Mordanschlag be-

## SI: Schluß mit Rüstung

ALBUFEIRA (reuter). Überschattet vom Mord an Issam Sartawi ist Sonntag der Kongreß der Sozialistischen Internationale zu Ende gegangen. In einer Resolution werden die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion aufgefordert, unverzügliche und praktische Schritte zur atomaren Abrüstung zu unternehmen. Vor der Abrüstungsdebatte hatten die USA und die UdSSR Botschaften an die Tagung gerichtet, doch waren von den Delegierten die beiden Supermächte gleichermaßen für den Stillstand bei den Abrüstungsgesprächen verantwortlich gemacht worden. Die Sozialistische Internationale weist darauf hin, daß die Zeit für die Lösung der Probleme knapp werde. Die Welt, die Frieden und Abrüstung wünsche, sei es leid, immer nur endlose Vorschläge und Ablehnungen, Gegenvorschläge und erneute Zurückweisungen zu hören. Zum neuen Generalsekretär der Sozialistischen Internationale wurde der Finne Pentti Väkilinen gewählt. Er tritt die Nachfolge des Schweden Bert Carlsson an, der nach siebenjähriger Amtszeit zurückgetreten war.

**Man spricht davon**

Der Schauplatz der Ermordung Sartawis, dessen freundschaftliche Kontakte zu Bundeskanzler Kreisky und schließlich auch die Täter, die sich zu diesem Verbrechen bekennen, machen die Bluttat von Albufeira über die menschliche Tragödie und die möglichen politischen Folgen für den Nahostfrieden hinaus für Österreichs Sozialisten zu einem Ereignis, das nicht mit der nächsten Tagesession aus ihrem Bewußtsein zu verdrängen sein wird.

Das Issam Sartawi, ursprünglich auf Terror eingeschworen, nicht nur theoretisch zur Erkenntnis kam, daß Gewalt für sein Volk keine Lösung bringen kann, sondern sich auch mit großem Mut und zunächst gegen schwerste Widerstände in den eigenen Reihen für eine Verständigung ein-

setzte, mußte ihn verhaßt bei allen jenen machen, die im Nahen Osten keinen Frieden wollen und meinen, daß dort nicht für zwei Völker nebeneinander Platz ist. So ist er ein Blutzuge für den Frieden geworden.

**Der Blutzuge**

Sartawi stand schon lange auf der „Abschüssliste“ jener aus dem Dunkel operierenden Gruppe Abu Nidal, die auch in Wien bereits zweimal todbringend zugeschlagen hat. Daß dieser Terror den chauvinistischen Kräften in Israel, die von Selbstbestimmung für die Palästinenser nichts wissen wollen, objektiv in die Hände arbeitet, ist unbestreitbar, auch wenn – ohne Beweise – niemand so weit gehen sollte, zu behaupten, daß es hier unterirdische Verbindungs-

kanäle gebe.

Der Tod Sartawis zeigt auch, daß Bruno Kreiskys unermüdliches Wirken für eine Annäherung zwischen PLO und Israels Likud nicht das unverbindliche „Hobby“ ist, als das es am VP-Biertisch mitunter verschrien wird, sondern Risiken beinhaltet, die als „Außenstehender“ wohl nur eingehen kann, wer überzeugt davon ist, daß der Friedensprozeß in Nahost menschenentscheidend ist.

Die Mörder Sartawis wollten dem Weg der Verständigung einen Schlag versetzen. Sie könnten sich aber täuschen: Es wäre nicht zum erstenmal in der Geschichte, daß ein aufrechter Mann der Entwicklung, die durch seine Besetzung verhindert werden sollte, mit seinem Blut erst eine breite Bahn eröffnet.



**200 weiße Bernhardiner.**

200 Pannendienstfahrzeuge des ARBO – mit dem Bernhardinersymbol – sind auf Österreichs Straßen unterwegs, um den Autofahrern zu helfen. Auch Ihnen!



**Das ist nur ein Grund zum ARBO zu gehen.**

So gab es auch Vermutungen, Hussein sei durch den Waffenschmuggel bewusst kompromittiert worden.<sup>183</sup> Als im Juni 1981 ein weiterer Syrer, der wegen Geheimdienstverbindungen in Verdacht stand, Hussein aus Damaskus zugeteilt wurde, hatte Herbert Amry in einem Brief an Kreisky angemerkt, „ob dieser syrische Stützpunkt, der mit der Entsendung des zweiten Mannes noch ausgebaut wurde, auf die Dauer für uns akzeptabel ist“. Amry regte an, „dass mir die Ermächtigung erteilt wird, entsprechende Gespräche mit der PLO wegen eines Austausches der beiden genannten Personen zu führen“.<sup>184</sup> Husseins Nachfolger wurde Abdallah Frangi – dieser leitete die Wiener Stelle von 1982 bis 1984 zusätzlich zu seinem Bonner Büro. In Wien habe er „nichts anders“ als in Deutschland gemacht, so Frangi: „Pressekonferenzen, Interviews, Einladungen, Fernsehauftritte. Dass Kreisky zum schärfsten Kritiker der israelischen Invasion im Libanon wurde, ist womöglich die Frucht unserer Arbeit.“ Nur in einem Punkt verlangte ihm die Zeit in Wien eine „größere Umstellung“ ab: In Österreich hatte man mit dem „deutschen Tempo keine Freude“: „Bei meinem ersten Rundfunkinterview in Wien sagte die Reporterin zu mir: ‚Herr Frangi, ... bitte ... langsam ... sprechen.‘“<sup>185</sup>



Gedenkstein für Heinz Nittel am Roten Berg (Wien-Hietzing).  
Quelle: Autor.

1983 sollte Kreisky eine weitere Enttäuschung erleben, als sein persönlicher Freund Issam Sartawi bei

einem Treffen der SI im portugiesischen Albufeira von einem Killer der Abu-Nidal-Organisation (ANO) ermordet wurde.<sup>186</sup> Den Anschlägen der ANO waren schon zuvor mehrere gemäßigte PLO-Führer zum Opfer gefallen – so etwa Said Hammami 1978 und Naim Khader 1981. Wie Sartawi hatten sie gute Kontakte zu israelischen Kreisen aufgebaut sowie zu westeuropäischen Regierungen und Institutionen, was ihnen den Vorwurf des „Verrats“ einbrachte.<sup>187</sup> Allerdings hatten auch die Sponsoren der ANO, die Geheimdienste Libyens, Syriens und des Irak, ein Interesse daran zu verhindern, dass sich die PLO zu einer eigenständigen politischen Bewegung entwickelte. Darüber hinaus warf Kreisky Arafat vor, nach einem Zerwürfnis beim PLO-Kongress in Algier 1982 die „schützende Hand“ über dem progressiven Sartawi zurückgezogen zu haben.<sup>188</sup>

Der tragische Tod Sartawis verdeutlichte die Sackgasse, in der sich Kreiskys Nahostpolitik letztendlich verfangen hatte. Noch schwerer wog die Tatsache, dass nicht einmal mehr die Terrorprävention funktionierte: Österreich wurde zwischen 1981 und 1985 dreimal Schauplatz von Anschlägen der ANO. Hauptgrund dafür war, dass Kreiskys Protegierung von Arafat die Gegnerschaft von Abu Nidals „Sponsor“ Syrien hervorgerufen hatte, das selbst die PLO kontrollieren wollte. Letztere hatte die österreichischen Behörden gegen die ANO unterstützt, konnte jedoch die Attentate nicht verhindern.<sup>189</sup> Am 1. Mai 1981 wurde der Wiener Verkehrsstadtrat und Vorsitzende der Österreichischen Israelischen Gesellschaft, Heinz Nittel, vor seinem Wohnhaus erschossen. Wenige Monate später, am 29. August 1981 eröffneten zwei Terroristen das Feuer auf Gläubige, die gerade die Wiener Synagoge verließen – nur zwei Jahre nach dem Bombenanschlag auf dasselbe Gebäude waren diesmal zwei Tote und 21 teils Schwerverletzte zu beklagen. „Was ist das für eine Zeit, in der Terror fast schon zur Selbstverständlichkeit wird?“ fragte Peter Gnam tags darauf in der *Kronen Zeitung*: „Was haben wir uns da eingehandelt, wenn ein Spaziergang am Stephansplatz oder am Graben mit Lebensgefahr verbunden ist?“<sup>190</sup> 1985 ereignete sich noch ein weiterer Anschlag – diesmal gegen den El-Al-Schalter auf dem Flughafen Schwechat. Die Gewalt unterminierte den öffentlichen Rückhalt für Kreiskys Nahostpolitik – dieser hielt aber bis zu seinem Rücktritt 1983 an seiner Linie fest: „Man kann nicht sozusagen den Extremisten recht geben und sich von ihnen einschüchtern lassen“.<sup>191</sup> Auch

nach seinem Ausscheiden aus der Bundespolitik gab Kreisky in einem Hintergrundgespräch mit US-Journalisten Anfang 1986 seiner Überzeugung Ausdruck, dass „gewaltsame Methoden der Terrorbekämpfung keine Chance“ hätten: „Gegenterror wird die Spirale der Gewalt nur weiterdrehen. Die einzige Lösung sind Verhandlungen.“ Es gebe auch einen diesbezüglichen Verhandlungspartner im Nahen Osten: „Nach wie vor ist dies Yassir Arafat. Er hat große Teile der Palästinenser hinter sich, insbesondere West-Bank Palästinenser. [...] Viele der scheinbar unüberwindbaren Gegensätze im Nahen Osten könnten meiner Ansicht nach bei gutem Willen überwunden werden.“<sup>192</sup>

## ZUSAMMENFASSUNG

Die „palästinensische Offensive“ von 1979 verschließt sich bislang einer restlosen Aufklärung: Weder ist sicher, ob der PLO-Geheimdienst Anschläge in der BRD plante oder diese eigentlich israelischen Zielen galten. Dafür zeigt sich umso deutlicher, dass die Geheimkontakte zwischen westlichen Regierungen und der PLO nur teilweise erfolgreich waren – das BKA profitierte von Informationsübermittlung bezüglich der RAF und auch die deutsche Botschaft im Libanon blieb im kritischen Zeitraum 1981-1985 sicher vor Anschlägen.<sup>193</sup> Österreich wurde nach der Geiselnahme von Marchegg 1973 und dem OPEC-Anschlag 1975 bis Anfang der 1980er Jahre vom internationalen Terrorismus verschont. Andererseits zeigten gerade die Ereignisse von 1979, dass die PLO – auch aufgrund der erwähnten inneren Dynamik – ein höchst unberechenbarer Partner war.

Dass Operationen des Jihaz al-Rasd in PLO-freundlichen Ländern stattfanden, sollte jedenfalls nicht überraschen: Dies ist Ausdruck eines Parallel- laufs von offizieller Politik und Geheimstrategien,

der das palästinensische Handeln in den 1970er und 1980er Jahren generell kennzeichnete. Auf diese Weise war die PLO darauf bedacht, aus dem übergeordneten Block-Konflikt des Kalten Krieges so viel Nutzen wie möglich zu ziehen: Indem beispielweise neben dem BKA gleichzeitig mit dem MfS Sicherheitskooperationen verhandelt wurden oder indem man diplomatische Kontakte zu westeuropäischen Staaten ausbaute, deren Territorium aber auch als Basis für geheimdienstliche Aktivitäten nutzte. Darüber hinaus wurden nie ernsthafte Schritte unternommen, um die Terroraktivitäten von Hardlinern zu unterbinden. Aufgrund der schwierigen Quellenlage sind die Motive für diese oft widersprüchliche doppelgleisige Strategie der PLO kaum zu rekonstruieren. Das MfS war sich schon Ende der 1970er Jahre dieser Problematik bewusst: „Die innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung vorhandenen unterschiedlichen politischen Standpunkte verschiedener Gruppierungen und die sich in letzter Zeit häufenden Hinweise auf eine zunehmende Polarisierung zwischen Kräften, die eine politische Lösung und solchen, die ausschließlich die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Rechte bevorzugen, erschweren eindeutige Aussagen über Zusammenhänge zwischen offiziellen diplomatischen und konspirativen Aktivitäten der genannten Kräfte.“<sup>194</sup> Erst das Ende des Kalten Krieges, die zuvor erfolgte Vertreibung der PLO aus dem Libanon 1982, der Bedeutungsverlust infolge des Ausbruchs der „Intifada“ in den besetzten Gebieten 1987 sowie das Ende der Protektion von radikalen Kleingruppen durch arabische Regime sollten neue Gegebenheiten schaffen, die die PLO zu einer grundlegenden Anpassung ihrer Strategie zwangen – in Richtung von mehr Kompromissbereitschaft, Aufgabe von Maximalforderungen und der Anerkennung Israels (1988). Eine tragbare Friedenslösung kam aber bislang nicht zustande.

## ENDNOTEN

<sup>1</sup> Richard Benda, Ingrid Gabriel, *Terror rot/weiss/rot. Politische Kriminalität in Österreich* (Zürich 1989), 118f.

<sup>2</sup> Nach der Explosion flogen die Trümmer bis in die Betten, in: Kronen Zeitung, 24.4.1979.

<sup>3</sup> Bericht, 23.4.1979, Bl. 34-37, hier: Bl. 34f. Österreichisches Staatsarchiv Wien (künftig: ÖSTA), Archiv der Republik (künftig: AdR), BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.

<sup>4</sup> Alarm um Attentat in der Wiener Innenstadt, in: Kronen Zeitung, 23.4.1979.

<sup>5</sup> Sie dachten, es sei der Weltuntergang, in: Kurier, 24.4.1979.

<sup>6</sup> „Adler“ sprach französisch, in: Arbeiterzeitung, 24.4.1979.

<sup>7</sup> Betreff: Sprengstoffanschlag auf das Bethaus in Wien 1., Seitenstättengasse 2, 26.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 66.

<sup>8</sup> Uhr in der Bombe war Schweizer Billigware, in: Kurier, 26.4.1979.

<sup>9</sup> Bei den „Adlern der palästinensischen Revolution“ handelt es sich um einen terroristischen Arm der Saika, einer prosyrischen Gruppe innerhalb der PLO. Die Saika war in Österreich schon 1973 im Rahmen der Geiselnahme von Marchegg in Erscheinung

- getreten. Nach der Ermordung ihres Anführers Zuhair Muhsin 1979 verschwand die Gruppe allmählich in der Bedeutungslosigkeit.
- <sup>10</sup> „Adler“ sprach französisch, in: Arbeiterzeitung, 24.4.1979.
- <sup>11</sup> Terrorkommando: Neun falsche Pässe im Kofferradio, in: Arbeiterzeitung, 29.4.1979.
- <sup>12</sup> Bombenanschlag: Fahndung in der Studentenszene, in: Die Presse, 25.4.1979.
- <sup>13</sup> Niederschrift, 26.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 144e-144f, hier: Bl. 144f.
- <sup>14</sup> Ibid., Bl. 198f.
- <sup>15</sup> Norbert Burger (1929-1992) gründete 1967 die NDP, deren Programm im Wesentlichen mit den Zielen der NSDAP übereinstimmte, wie der Verfassungsgerichtshof später feststellte. Bis zur behördlichen Auflösung 1988 blieb die NDP ein zentrales Sammelbecken der Rechten.
- <sup>16</sup> Niederschrift, 24.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 151f.
- <sup>17</sup> Niederschrift, 23.4.1979. Ibid., Bl. 165f.
- <sup>18</sup> Schreiben an die Oberstaatsanwaltschaft Wien, 26.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 84286/IV/80.
- <sup>19</sup> Bericht, 24.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 171-173.
- <sup>20</sup> Bericht, 23.4.1979. Ibid., Bl. 24.
- <sup>21</sup> Zu rund, in: Der Spiegel Nr. 19 (1979), 31f.
- <sup>22</sup> Urteil 2. große Strafkammer bei dem Landgericht Passau, rechtskräftig seit 28. Juli 1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.
- <sup>23</sup> Zu rund, in: Der Spiegel Nr. 19 (1979), 31f., hier: 31.
- <sup>24</sup> Urteil 2. große Strafkammer bei dem Landgericht Passau. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.
- <sup>25</sup> „Zwischen 21. und 25.4. wohnte Hamade dann im Hotel Kongreß in Wien (Zimmer Nr. 59), während Seejan vom 23. auf 24.4.1979 im Hotel Südbahn das Zimmer Nummer 6 bewohnte. Auch dort kam es nachweislich zu persönlichen Kontakten zwischen den beiden“. Ibid.
- <sup>26</sup> Terroristen reisten durch Österreich. Erst von deutschen Grenzern gefasst, in: Die Presse 28./29.4.1979.
- <sup>27</sup> Urteil 2. große Strafkammer bei dem Landgericht Passau. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.
- <sup>28</sup> Der „Schwarze September“ war ein terroristischer Arm der „Fatah“, der Gruppe von Jassir Arafat innerhalb der PLO. 1971 gegründet, verübte der „Schwarze September“ unter anderem die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen in München 1972. Vgl. Christopher Dobson, *Black September. Its Short Violent History* (London 1972).
- <sup>29</sup> Vernehmung des Hamade, Mohamed. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 384-389.
- <sup>30</sup> Nachtragsvernehmung, 28.4.1979. Ibid., Bl. 399-404, hier: Bl. 402f.
- <sup>31</sup> Fortsetzung der Vernehmung von Salim Yousif SEJAAN, 27.4.1979. Ibid., Bl. 439-444, hier: Bl. 439f.
- <sup>32</sup> Ibid., Bl. 441f.
- <sup>33</sup> Die Fatah (sinngemäß: „Eroberung, Sieg“) wurde 1959 in Kuwait gegründet. Sie wurde zur stärksten Organisation innerhalb der PLO, zu deren Vorsitzenden der Fatah-Chef Jassir Arafat 1969 gewählt wurde.
- <sup>34</sup> Jihaz al-Rasd (sinngemäß: „Beobachtung und Schutz“) wurde 1968 mit Ausbildungshilfe durch den ägyptischen Geheimdienst gebildet. Das Personal wuchs innerhalb kurzer Zeit auf 300 bis 400 Mitarbeiter. Wilhelm Dietl, *Schattenarmeen. Die Geheimdienste der islamischen Welt* (Freiburg im Breisgau 2011), 294f.
- <sup>35</sup> Dietl zufolge lautete der Kampfname von Salim Seejan „Abu Walid al-Iraki“ – er soll Leiter der Passabteilung der Fatah und ein begabter Fälscher gewesen sein. Mohammed Hamade wiederum war „Abu Raad“. Wilhelm Dietl, *Die Agentin des Mossad. Operation Roter Prinz* (Düsseldorf 1993), 296.
- <sup>36</sup> Nachtragsvernehmung, 28.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 399-404, hier: Bl. 401.
- <sup>37</sup> Abu Iyad, eigentlich Salah Khalaf (1933-1991) war einer der Mitbegründer der Fatah und seit 1970 Leiter des Jihaz al-Rasd. 1991 wurde er von einem Leibwächter in Tunis erschossen. Hinter dem Komplott wird die Gruppe des PLO-Abweichlers Abu Nidal vermutet.
- <sup>38</sup> Jassir Arafat (1929-2004) war Mitbegründer und später Anführer der palästinensischen Fatah. Ab 1969 war er Vorsitzender der PLO, die 1964 durch die Arabische Liga ins Leben gerufen worden war.
- <sup>39</sup> Vernehmung des Hamade, Mohamed. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 384-389.
- <sup>40</sup> Abdallah Frangi (geboren 1943) war Mitbegründer und von 1968 bis 1970 Vorsitzender der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) in Europa, die nach dem Münchner Anschlag 1972 verboten wurde. Ab 1974/75 war Frangi inoffizieller Vertreter der PLO in Deutschland, 1982-1984 auch in Wien, seit 1993 Generaldelegierter Palästinas in Bonn und Berlin (bis 2005). Zwischen 2007 und 2009 fungierte er als außenpolitischer Sprecher der Fatah.
- <sup>41</sup> Nachtragsvernehmung, 28.4.1979. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 399-404, hier: Bl. 404.
- <sup>42</sup> Oliver Schröm, *Gefährliche Mission. Die Geschichte des erfolgreichsten deutschen Terrorführers* (Frankfurt am Main 2007), 39f.
- <sup>43</sup> Urteil 2. große Strafkammer bei dem Landgericht Passau. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.
- <sup>44</sup> Droht Welle von Bombenanschlägen und Geiselnahmen?, in: Arbeiterzeitung, 30.4.1979.
- <sup>45</sup> Fernschreiben BLKA (undatiert). ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 352f.
- <sup>46</sup> Schröm, *Mission*, 36f.
- <sup>47</sup> Urteil 2. große Strafkammer bei dem Landgericht Passau. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.
- <sup>48</sup> Dreieck im Dunkeln, in: Die Zeit Nr. 46, 9.11.1979.
- <sup>49</sup> Am 5. September 1972 überfiel ein Kommando des „Schwarzen September“ das Quartier der israelischen Mannschaft im Olympischen Dorf in München. Zwei Athleten wurden dabei getötet, neun weitere Sportler starben in den Abendstunden, als die bayerische Polizei einen Befreiungsversuch unternahm. Als Vergeltung startete der israelische Geheimdienst Mossad die Operation „Cesarea“ oder „Bajonett“, der zwischen 1972 und 1992 mehr als ein Dutzend PLO-Kader zum Opfer fielen. Vgl. Aaron J. Klein, *Die Rächer. Wie der israelische Geheimdienst die Olympia-Mörder von München jagte* (Hamburg 2006); Moti Kfir, Rom Oren, Sylvia Rafael, *Mossad Agentin* (Zürich 2012).
- <sup>50</sup> Erich Follath, *Das Auge Davids. Die geheimen Kommandounternehmen der Israelis* (Hamburg 1980), 242.
- <sup>51</sup> Dieter Schenk, *Der Chef. Horst Herold und das BKA* (Hamburg 1998), 340.
- <sup>52</sup> Eine von vierzehn, in: Der Spiegel Nr. 17 (1979), 26ff.
- <sup>53</sup> Eva Oberloskamp, *Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus*, in:

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), 321-352, hier: 335.

<sup>54</sup> Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Riedes, 5.1.1973. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973*. Band I: Januar bis 30. April 1973 (München 2004), 18-21, hier: 19. Künftig zitiert als: AAPBD.

<sup>55</sup> Botschaftsrat Nowak, Beirut, an das Auswärtige Amt, 7.4.1973. *Ibid.*, 470-473, hier: 472.

<sup>56</sup> Bruno Kreisky (1911-1990) war von 1970 bis 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich.

<sup>57</sup> Der Mediziner Issam Sartawi (1935-1983) war als Anführer der Aktionsorganisation für die Befreiung Palästinas (AOLP) für den Anschlag auf dem Münchner Flughafen Riem 1970 verantwortlich. Danach distanzierte er sich vom Terrorismus und fungierte als Sondergesandter Arafats. In dieser Funktion hielt er Kontakt zu westlichen Politikern und Mitgliedern der israelischen Friedensbewegung. Vgl. Tessa Szyskowitz, *Der Friedenskämpfer. Arafats geheimer Gesandter Issam Sartawi* (Wien 2011); Wolfgang Kraushaar, „Wann beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ *München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus* (Reinbek bei Hamburg 2013).

<sup>58</sup> Matthias Dalke, Das Wischniewski-Protokoll. Zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen 1977, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), 201-215, hier: 206-211.

<sup>59</sup> Subject: SPD leaders meet with PLO representative, 4.11.1977. <http://aad.archives.gov/aad/createpdf?rid=254782&dt=2532&dl=1629>.

<sup>60</sup> Subject: SPD leaders meet with PLO representative, 10.11.1977. <http://aad.archives.gov/aad/createpdf?rid=259999&dt=2532&dl=1629>.

<sup>61</sup> „1. A foreign office official informs us that the FRG embassy in Beirut, which maintains low-level contacts with the PLO, was recently instructed to notify the latter that Bonn was concerned about contacts between it and German terrorists. The embassy told the PLO it was aware that members of the German ‚Red Army Faction‘ had recently been in Beirut and had been in touch with PLO members. [...] 2. The PLO tacitly admitted the contacts, replying that theirs was a loosely structured organization and the leadership was not in a position to regulate all activities. The PLO had also reiterated its professed opposition to terrorism. 3. Our foreign office source said the FRG embassy in Baghdad maintained similar low-level contacts with the PLO and that these were designed in part to ward off possible acts of terrorism. He added that the November 3 meeting in Bonn between SPD leaders and PLO representative Sartawi [...] was inter alia part of this effort.“ Subject: The FRG and the PLO, 13.12.1977. <http://aad.archives.gov/aad/createpdf?rid=290655&dt=2532&dl=1629>.

<sup>62</sup> Tim Szatkowski, *Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982* (München 2013), 78f.

<sup>63</sup> „Zumindest ein böser Schein“, in: Der Spiegel Nr. 44 (1979), 19-21, hier: 20.

<sup>64</sup> Gerhart Baum bestätigte 2008: „Wir gingen mit Sicherheit davon aus, dass Gaddafi etwas beeinflussen könnte.“ Es habe „sichtbare Erfolge“ gegeben: Die RAF-Terroristen Brigitte Mohnhaupt, Sieglinde Hoffmann, Rolf Clemens Wagner und Peter-Jürgen Boock wurden nach einem Hinweis des Gaddafi-Regimes schon im Sommer 1978 – noch vor dem Besuch Baums im November jenes Jahres – in Belgrad gefasst. Doch die deutschen Versuche, der Terroristen habhaft zu werden, misslangen. Der jugoslawische Machthaber Tito ließ die RAF-Mitglieder in den Irak ausfliegen. Reinhard Müller, Rettung vor der RAF, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.2008.

<sup>65</sup> Zwielfichtige Geschichte, in: Der Spiegel Nr. 46 (1979), 26f., hier: 27.

<sup>66</sup> Abu Tayeb, eigentlich Mahmoud al-Natour, stand zwischen 1979 und 1994 an der Spitze der „Force 17“.

<sup>67</sup> Dietl, *Agentin*, 291.

<sup>68</sup> Papier vom Konditor, in: Der Spiegel Nr. 8 (1980), 36-41, hier: 38.

<sup>69</sup> Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hans-Joachim Hille vom 25. Oktober 1979. AAPBD. Band II: 1. Juli bis 31. Dezember 1979 (München 2010), 1557f.

<sup>70</sup> Dietl, *Agentin*, 295f.

<sup>71</sup> Amin el-Hindi (1940-2010) hatte in der BRD Volkswirtschaft studiert und wurde nach dem Tod Abu Iyads Leiter des Jihaz al-Rasd. Er stand bis 2005 an der Spitze des palästinensischen Sicherheits- und Geheimdienstapparats.

<sup>72</sup> Botschafter Pachelbel-Gehag, Beirut, an das Auswärtige Amt, 4.5.1979. AAPBD. Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1979 (München 2010), 564-567, hier: 565f.

<sup>73</sup> Schröm, *Mission*, 72.

<sup>74</sup> Anschläge gegen die hiesige Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 28.8.1979. ÖSTA, AdR, BMfAA, ÖB Beirut.

<sup>75</sup> Dietl, *Agentin*, 300.

<sup>76</sup> Urteil 2. große Strafkammer bei dem Landgericht Passau. ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979.

<sup>77</sup> Abu Hol, eigentlich Hayil Abd al-Hamid, war Leiter des 1970 gegründeten „Sicherheitsbüros“ der PLO (Aun el Markazi). Dieses stand in Konkurrenz zu Jihaz al-Rasd. Dietl, *Schattenarmeen*, 296.

<sup>78</sup> Schenk, *Chef*, 341.

<sup>79</sup> Zwielfichtige Geschichte, in: Der Spiegel Nr. 46 (1979), 26f., hier: 27.

<sup>80</sup> Erich Schmidt-Eenboom, *Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND* (Düsseldorf 1995), 22.

<sup>81</sup> Schröm, *Mission*, 84f.

<sup>82</sup> Oliver Schröm wiederum interpretiert den „Mord“ als eine Warnung an die noch inhaftierten Palästinenser, zu schweigen. Die PLO habe befürchtet, ihre engen Verbindungen zur Staatssicherheit der DDR könnten bekannt werden. *Ibid.*, 119.

<sup>83</sup> BND-Fernschreiben, 9.11.1979 (Kleinschreibung im Original korrigiert). ÖSTA, AdR, BMfI, 02/BMI E-10.059/1979, Bl. 542f.

<sup>84</sup> Dietl, *Agentin*, 300ff.

<sup>85</sup> Abdallah Frangi, *Der Gesandte. Mein Leben für Palästina. Hinter den Kulissen der Nahost-Politik* (München 2011), 273f.

<sup>86</sup> Staatsanwaltschaft Wien. Betrifft: Strafsache gegen Salim Sejaan und Mohamed Hamade, 5.10.1979. ÖSTA, AdR, BMfJ, 84286/IV/80.

<sup>87</sup> Strafsache gegen Salim Sejaan und Mohamed Hamade, 21.11.1979. *Ibid.*

<sup>88</sup> Oberstaatsanwaltschaft Wien, 22.4.1980. *Ibid.*

<sup>89</sup> Information, 30.4.1979. Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR (künftig: BStU) Berlin, MfS – HA XXII Nr. 19419, Bl. 134-148, hier: 135-137. Rechtschreibfehler korrigiert.

<sup>90</sup> Telegramm Mielke an Benkei, 25.4.1979. BStU, MfS – Abt. X 204, Bl. 19.

<sup>91</sup> Abu Daud, eigentlich Mohammed Daoud Oudeh (1937-2010), war Leiter der Auslandsoperationen des Jihaz al-Rasd. Unter anderem bereitete er das Münchner Olympiaattentat logistisch vor. Er starb 2010 an Nierenversagen in Damaskus.

- <sup>92</sup> Dietl zufolge handelte es sich hierbei um Amin el-Hindi, einen der wichtigsten Gesprächspartner des BKA. Dietl, *Agentin*, 297.
- <sup>93</sup> Notiz, 27.4.1979. BStU MfS – Abt. X 204, Bl. 23.
- <sup>94</sup> Information, 30.4.1979. BStU, MfS – HA XXII Nr. 19419, Bl. 134-148, hier: 142.
- <sup>95</sup> Ilich Ramirez Sanchez, geboren 1949, schloss sich als Student Anfang der 1970er Jahre der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PLFP) an; nach der OPEC-Geiselnahme 1975 wurde er jedoch ausgeschlossen und gründete seine eigene Gruppe, die Organisation Internationaler Revolutionäre (OIR). Von Stützpunkten in Ost-Berlin und in Budapest erledigte diese Auftragsarbeiten für arabische und osteuropäische Geheimdienste. Sanchez wurde 1994 im Sudan verhaftet und verbüßt seitdem eine lebenslange Haftstrafe.
- <sup>96</sup> Information über den Aufenthalt von Abu Daud in der DDR-Hauptstadt Berlin, 26.6.1979. BStU, MfS – Abt. X 204, Bl. 33.
- <sup>97</sup> Dietl, *Agentin*, 294f.
- <sup>98</sup> Abu Mussa, eigentlich Sa'eed Musa al-Muragha (1927-2013), befehligte 1982 die Verteidigung Beiruts und führte 1983 eine Revolte gegen Arafat an.
- <sup>99</sup> Information, 28.5.1979. BStU, MfS – HA II Nr. 18657, Bl. 71f., hier: 72.
- <sup>100</sup> Vermerk, 13.6.1979. Ibid., Bl. 51f., hier: 52.
- <sup>101</sup> Vermerk vom 26.4.1979. BStU, MfS – HA II, Nr. 4785, Bl. 29ff.
- <sup>102</sup> Thomas Skelton-Robinson, Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969-1980), in: Wolfgang Kraushaar (ed.), *Die RAF und der linke Terrorismus*. Band 2 (Hamburg 2006), 828-904, hier: 902.
- <sup>103</sup> Bericht, 23.8.1979. BStU, MfS – Sekr. Neiber, Nr. 937, Bl. 3-12, hier: 5.
- <sup>104</sup> Ibid., Bl. 9.
- <sup>105</sup> Bericht Beratungen mit dem Leiter der Vereinigten PLO-Sicherheit, 23.8.1979. Ibid., Bl. 20-26, hier: 21.
- <sup>106</sup> Andrew Gower, Tony Walker, *Arafat. Hinter dem Mythos* (Hamburg 1994), 265-268.
- <sup>107</sup> Herbert Amry (1939-1985) war ein langjähriger Mitarbeiter und Berater von Bruno Kreisky. Zwischen 1963 und 1966 war er Sekretär des damaligen Außenministers Kreisky. Er war Leiter der Dienstrechtsabteilung des Außenministeriums, Generalkonsul in Istanbul und österreichischer Botschafter in Beirut sowie in Athen. Sein plötzlicher Tod 1985, nachdem er kurz zuvor das Wiener Außenamt über illegale Waffengeschäfte informiert hatte, gibt bis heute Anlass zu Spekulationen.
- <sup>108</sup> Anmerkungen zur Person Arafats und zur gegenwärtigen Haltung der PLO, 14.5.1979. ÖSTA, AdR, BMfAA, ÖB Beirut, ZI. 38 – Res/79.
- <sup>109</sup> Abu Nidal, eigentlich Sabri al-Banna (1937-2002), brach 1974 mit Arafat und gründete seine eigene Organisation, die abwechselnd von Irak, Syrien und Libyen unterstützt wurde.
- <sup>110</sup> Kameel B. Nasr, *Arab and Israeli Terrorism* (Jefferson 1997), 143.
- <sup>111</sup> Wolfgang Benedek, Die Anerkennung der PLO durch Österreich, in: Zeitschrift für ausländisches Recht und Völkerrecht 40 (1980), 841-857, hier: 849f.
- <sup>112</sup> Palästinenser werden „es nicht alleine schaffen“. Ex-Diplomat Frangi fordert stärkere Unterstützung Europas. www.dradio.de, 28.10.2011, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1590855/>.
- <sup>113</sup> Information für den Herrn Bundesminister, 4.3.1977. Stiftung Bruno Kreisky Archiv (künftig: StBKA), Nahost, VII.4. Nahost, Box 15.
- <sup>114</sup> Erklärung des Direktors des Büros der PLO bei den Internationalen Organisationen in Wien, Dr. Ghasi Hussain, 9.2.1977. Ibid.
- <sup>115</sup> Gerhard Meyer, Zu beider Nutzen, in: profil Nr. 16 (1978), 18.
- <sup>116</sup> Staberl, Ein heimliches Gegengeschäft, in: Kronen Zeitung, 2.5.1978.
- <sup>117</sup> Wolfgang Petritsch, *Bruno Kreisky. Die Biografie* (St. Pölten-Salzburg 2010), 315.
- <sup>118</sup> Aktenvermerk, 3.6.1981. ÖSTA, AdR, BMI II/C 133.513/81.
- <sup>119</sup> Hans Rauscher, Bruno Kreisky, 75, verteidigt sein problematisches Erbe, in: Kurier, 22.1.1986.
- <sup>120</sup> Petritsch, *Kreisky*, 232.
- <sup>121</sup> „Nicht Hintersassen der USA bleiben“, in: Arbeiterzeitung, 11.1.1976.
- <sup>122</sup> Die 1951 gegründete Sozialistische Internationale (SI) ist ein weltweiter Zusammenschluss von sozialistischen und sozialdemokratischen politischen Parteien und Organisationen. Willy Brandt war zwischen 1976 und 1992 Präsident der SI.
- <sup>123</sup> Ein Kabel der US-Botschaft in Österreich von 1975, das 2013 auf der Plattform „wikileaks“ veröffentlicht wurde, fasste die Interessen der österreichischen Nahostpolitik aus US-Sicht so zusammen: „Austrian concern about Israeli tactics coincides with apparent erosion of official Austrian sympathy for Israel and attendant perceived need not to antagonize Arabs unnecessarily, and to mollify them where possible, in order to promote Austrian interest in securing UN recognition of Vienna as third UN city, consumer-producer cooperation on energy questions, and reelection of former Austrian Foreign Minister Waldheim as UN SYG [Secretary General].“ [http://www.wikileaks.org/plusd/cables/1975VIENNA04138\\_b.html](http://www.wikileaks.org/plusd/cables/1975VIENNA04138_b.html).
- <sup>124</sup> Fritz Edlinger, heute Vorsitzender der Österreichischen Arabischen Gesellschaft, lernte Sartawi als SPÖ-Jugendfunktionär persönlich kennen: „Sartawi war mehr der Vertrauensmann von Kreisky als von Arafat. Innerhalb der PLO war er fast immer ein isolierter Einzelkämpfer. Auch weil er eine schwierige Person war: Hochgebildet, charismatisch, charmant – und er war nie bereit, sich unterzuordnen. Er ist nie zur Fatah gegangen und hat alle Versuche von Arafat, ihn unter das Joch zu zwingen, elegant umschiffen. Jahrelang war Sartawi so etwas wie der Postillion d'amour zwischen Arafat und Kreisky. Er brachte Briefe und sonstige Nachrichten und hat stundenlang mit Kreisky und manchen von uns philosophiert und debattiert. Kreisky hat sehr viel von ihm gehalten und das war ein Bruch zwischen Kreisky und Arafat, weil letzterer diesen ans Messer geliefert hat. Sartawi hat damit gerechnet, dass ihm das passiert. Er hat die PLO provoziert, bis ihn alle gehasst haben. Er konnte auch manchmal unaussetzlich arrogant und provokant sein. Er hatte schon die Eigenart: ‚Freunde, ich bin schon viel besser als ihr. Ich weiß viel mehr und ich brauche nicht die PLO, damit ich irgendwo in der Welt anerkannt bin.‘ Im Vergleich zu den Apparatschiks der PLO war er tatsächlich ein Star mit viel Charisma, ein strahlender Charmeur, der gut reden konnte. Die PLO war damals noch eine Kampforganisation, in der man Sartawis Öffnung nach Europa nicht verstanden hat. Da hat er nicht dazu gepasst, obwohl auch er in seiner Jugend eine revolutionäre Zeit hatte.“ Interview mit Fritz Edlinger, 19.9.2012.
- <sup>125</sup> Syszkowitz, *Friedenskämpfer*, 67f.
- <sup>126</sup> Sartawi an Kreisky, 27.1.1977. StBKA, Nahost, Box 24.
- <sup>127</sup> Issam Sartawi, Israel ist kein Gespenst, in: Der Spiegel Nr. 48 (1979), 39-46, hier: 39.
- <sup>128</sup> Trotz wechselseitiger Sympathien brachten diese Unterredungen keine politischen Resultate – wie Arje Eliav 1977 einen

Vertreter der US-Botschaft in Tel Aviv aufklärte: „Contacts between the Israel-Palestine Peace Council (IPC) and PLO moderates have reached a dead-end. MK Arye Eliav, an IPC stalwart, told [...] that although he would continue personal contacts with such figures as Issam Sartawi and Sabri Jiryis, he no longer had any expectation of useful results from them. Eliav had told Sartawi by phone ten days earlier that the PLO was committing suicide by opting for Tripolis instead of Cairo [...]. Wryly characterizing the series of IPC-PLO meetings. Eliav said it was a case of two minority political trends talking to each other – ‚we could not deliver and neither could they‘“. Subject: Conversation with Arye Eliav, 19.12.1977. <http://aad.archives.gov/aad/createpdf?rid=297271&dt=2532&dl=1629>.

<sup>129</sup> In einer dem MfS übermittelten Information der Sicherheitsorgane Bulgariens heißt es: „Dieses Treffen ist ein Teil der einheitlichen Politik der Sozialistischen Internationale, deren Ziel darin besteht, Einfluß unter den Ländern der dritten Welt, insbesondere in den Staaten des Nahen Ostens, zu gewinnen. Obwohl Bruno Kreisky keine konkreten Ergebnisse von den Gesprächen erwartet hatte, wollte er den interessierten Kreisen in den westlichen Staaten die Möglichkeiten der SI demonstrieren. Er wollte die Notwendigkeit unterstreichen, neue Wege zu den arabischen Ländern, insbesondere zu deren einflußreichen Kreisen, zu suchen, die in der Frage der ‚Demokratie‘ ähnliche Positionen beziehen wie die SI.“ Information der Sicherheitsorgane der VRB, 23.7.1979. BStU, MfS Allg. S. 421/83, Bl. 19.

<sup>130</sup> Frangi, *Gesandte*, 220.

<sup>131</sup> Bruno Kreisky, Rede vor den Vereinten Nationen, 26.9.1979. StBKA VII.4. Nahost, Box 5.

<sup>132</sup> Unofficial Translation, 5.12.1979. StBKA, VII.4. Nahost, Box 15.

<sup>133</sup> BMfAA, Österreich und die PLO, Information, 18.3.1980. StBKA, VII.4. Nahost, Box 5.

<sup>134</sup> Die PLO-Vertretung in Wien ist nun „offiziell“, in: Arbeiterzeitung, 13.3.1980.

<sup>135</sup> „Konstruktiver Schritt zum Frieden“, in: Arbeiterzeitung, 14.3.1980.

<sup>136</sup> Der österreichische Handels- und Industrieminister Josef Staribacher notierte in seinem Tagebuch Ausführungen Kreiskys zum Wiener Treffen: Dieser meinte, „dass die Erklärung Arafats sehr klar und eindeutig gewesen sei, nämlich: keine Attentate. Die Terrorgruppen kommen daher von anderer Seite, sie sehen ja in Arafat auch einen Verräter. Sie wollen weg von den demokratischen Staaten und vor allem weg von Amerika. Österreich wäre bisher, so tragisch die Attentate auch gewesen sein mögen, noch immer glimpflich davon gekommen.“ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 8.9.1981.

<sup>137</sup> Vermerk, 2.4.1979. StBKA, VII.4 Nahost, Box 24.

<sup>138</sup> Dietrich Strothmann, „Sie werden sich vertragen“, in: Die Zeit, 21.3.1980.

<sup>139</sup> Helmut Schmidt war zwischen 1974 und 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. 2011 bewertete Schmidt die Nahostpolitik Kreiskys kritisch: „An und für sich war Österreich zu klein als Staat, um tatsächlich Einfluss nehmen zu können auf die Meinungsbildungsprozesse im Nahen Osten. Nachdem das nicht einmal die amerikanischen Präsidenten zustande gebracht hatten, konnte das der österreichische Bundeskanzler auch nicht.“ Angesichts der Verstrickung vieler Österreicher in den Nationalsozialismus sei es außerdem „etwas zu viel“ gewesen, „eine Vermittlerrolle im Nahen Osten zu beanspruchen.“ „Die Chemie war nicht günstig“, in: Die Zeit, 20.1.2011.

<sup>140</sup> Nuschelige Kontakte, in: Der Spiegel Nr. 48 (1979), 37f.

<sup>141</sup> Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Petersen, 9.8.1979. AAPBD. Band II: 1. Juli bis 31. Dezember 1979 (München 2010), 1058-1060, hier: 1059.

<sup>142</sup> Markus A. Weingardt, *Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949* (Frankfurt am Main 2002), 272.

<sup>143</sup> Kreisky an Schmidt, 14.7.1980. StBKA, Prominentenkorrespondenz, Box 55.

<sup>144</sup> Tschofen an Missionschefs, 3.7.1980. ÖSTA, AdR, BMfAA, ÖB Beirut, 139 – Res/80.

<sup>145</sup> Frangi, *Gesandte*, 220.

<sup>146</sup> Helene Maimann, *Über Kreisky: Gespräche aus Distanz und Nähe* (Wien 2011), 92.

<sup>147</sup> Menachem Begin (1913-1992) war zwischen 1977 und 1983 israelischer Ministerpräsident.

<sup>148</sup> Bericht Botschaft Beirut an BMfA, 10.6.1980. StBKA, VII.4. Nahost, Box 5.

<sup>149</sup> Interview mit Maariv. StBKA, Box Interviews 1981.

<sup>150</sup> Frangi, *Gesandte*, 196f.

<sup>151</sup> Papier vom Konditor, in: Der Spiegel Nr. 8 (1980), 36-41, hier: 38.

<sup>152</sup> In den Ermittlungsakten der Staatspolizei findet die Saika keine Erwähnung – die Nachforschungen konzentrierten sich zunächst auf mögliche einheimische rechtsradikale und palästinensische Täter, danach ausschließlich auf die PLO-Angehörigen Hamade und Seejan.

<sup>153</sup> Zuhair Muhsin (1936-1979) war seit 1970 Chef der Saika – er wurde am 15. Juli 1979 in Cannes erschossen. Laut Aaron Klein fiel er einer Operation des Mossad zum Opfer. Klein, *Rächer*, 233.

<sup>154</sup> Kreisky an Arafat, 4.5.1979. StBKA, VII.4. Nahost, Box 24.

<sup>155</sup> Arafat an Kreisky, 19.5.1979. Ibid.

<sup>156</sup> Paul Thomas Chamberlin, *The Global Offensive: The United States, the Palestine Liberation Organization, and the Making of the Post-Cold War Order* (Oxford 2012), 251.

<sup>157</sup> Frangi, *Gesandte*, 151.

<sup>158</sup> Am 21. März 1968 verteidigte die Fatah ihr Lager in Karameh (Jordanien) gegen einen israelischen Vorstoß.

<sup>159</sup> Chamberlin, *Offensive*, 71.

<sup>160</sup> Ibid., 266.

<sup>161</sup> Amry an Tschofen, 23.7.1980. ÖSTA, AdR, BMfAA, ÖB Beirut. Pol. 1980.

<sup>162</sup> Frangi, *Gesandte*, 357.

<sup>163</sup> Anfang der 1970er Jahre charakterisierte ein Informant des MfS Abu Iyad folgendermaßen: „Er ist der Führer des militantesten Flügels in der Al Fatah, des ‚Schwarzen September‘; sehr beliebt in der Armee. Er hat viele Operationen selber mitgemacht und geleitet (z.B. die Münchner Ereignisse zur Olympiade). Er wird als ein Mann von Ägypten eingeschätzt, hat auch seinen Sitz vorwiegend in Kairo. Unterstützung erhält er auch von Libyen, spezielle von Gaddafi. Von Libyen erfolgt die stärkste finanzielle Unterstützung über Salah Chalaf. Es gibt auch Beziehungen seinerseits zu Algerien und Kuwait. Er verfolgt keine bestimmte ideologische Richtung, hat sehr enge freundschaftliche Beziehungen zu Arafat. Es wird eingeschätzt, dass der ‚Schwarze September‘ nicht mehr als 100 Mann umfasst, die aber hervorragend ausgebildet sind und fast alles Absolventen von Hochschulen

sind, vorwiegend aus Westdeutschland.“ Angaben über die Struktur, die Führungskräfte und die Situation innerhalb der PLO. BStU, MfS – HA II Nr. 27353, Bl. 17-32, hier: Bl. 22.

<sup>164</sup> Chamberlin, *Offensive*, 187.

<sup>165</sup> *Ibid.*, 150.

<sup>166</sup> Abu Iyad, Eric Rouleau, *My Home, My Land. A Narrative of the Palestinian Struggle* (New York 1981), 98.

<sup>167</sup> *Ibid.*, 112.

<sup>168</sup> Beispielsweise wurde der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate am 20. März 1973 informiert: „USG [United States Government] has concluded from its analysis that no distinction can be drawn between BSO [Black September Organization] and Fatah, particularly at top echelon. [...] at least four members of Fatah leadership command, including Arafat's deputy, Salah Khalaf, also comprise BSO high command.“ Department of State Telegram, 26.3.1973. <http://www.nixonlibrary.gov/virtuallibrary/documents/dec10/39.pdf>.

<sup>169</sup> Der Ausdruck Fedajin (sinngemäß „der sich Opfernende“) bezeichnet in diesem Fall die Kämpfer der PLO.

<sup>170</sup> Memorandum for the Ambassador, Contacts with the Fatah leadership, 18.7.1973. [http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/45/73\\_1499655.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/45/73_1499655.pdf).

<sup>171</sup> Diskrete Art, in: *Der Spiegel* Nr. 11 (1983), 145f.

<sup>172</sup> Chamberlin, *Offensive*, 192.

<sup>173</sup> „Dann wird es Waffen und Bomben geben“, in: *Der Spiegel* Nr. 51 (1979), 26-29, hier: 26f.

<sup>174</sup> Bericht über das Gespräch mit dem Leiter des Büros der „Vereinigten PLO-Sicherheit“ Abu Hisham am 1.2.1980 im Objekt „73“, 4.2.1980. BStU, MfS – HA XXII, Nr. 15501 Teil 1 von 2, Bl. 35-42.

<sup>175</sup> Licht aus, in: *Der Spiegel* Nr. 23 (1982), 106-112, hier: 110f.

<sup>176</sup> Bericht über die Beratungen mit dem Leiter der Vereinigten PLO-Sicherheit, ABU AYAD zu Problemen der Linie XXII und Linie VI, 4.11.1981. BStU, MfS, HA XXII, Nr. 5487/7, Bl. 2-10, hier: Bl. 9. Vgl. auch: Thomas Riegler, Ein Attentat, das nicht stattfand. Der verhinderte palästinensische Mordanschlag auf Anwar as-Sadat, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 59 (2011), 938-959.

<sup>177</sup> Der polizeiliche Begleitsdienst von Ghazi Hussein beobachtete die Amtshandlung am Flughafen Schwechat aus nächster Nähe – im diesbezüglichen Bericht heißt es: „Nachdem das Flugzeug bzw. der Bus angekommen war, begrüßte Dr. Hussain zwei Personen mit Bruderkuss. Es handelte sich um zwei Männer dunklen Typs, einer mit schütterem dunklen Haar und Schnauzbart, der andere mit ebenfalls dunklem Haar und deutlich beginnender Glatze. [...] Bei der anschließenden Passkontrolle ersuchte Dr. Hussain [Schreibweise variiert] den unterzeichneten Beamten, er möge ihm bei der schnelleren Abfertigung behilflich sein, was jedoch nicht möglich war. Als die Gruppe um Dr. Hussain länger als andere Passagiere auf die Passabfertigung warten musste, zeigten alle beteiligten Personen ein gewisses nervöses Verhalten. (Vermehrter Zigarettenkonsum, nervöses Umherschauen). Auch bei der Gepäckausgabe wurde das Gepäck der Personen verspätet auf das Lieferband befördert und zeigten sie auch beim Warten Nervosität. Als sich nur mehr wenige Personen in der Gepäckhalle befanden, kam das betreffende Gepäck. Als dieses von den Personen um Dr. Hussain, der etwas abseits stand und sich mit seinem dauernden Begleiter unterhielt, vom Band genommen wurde, traten Sicherheitsbeamte in Zivil auf sie zu und forderten sie auf, mit den Gepäckstücken in einen abseitig gelegenen Teil zu kommen. Es wurden Personensichtungen vorgenommen und die Gepäckstücke untersucht. Alle Personen, die Dr. Hussain empfangen hatte, zeigten ein erschrockenes Verhalten. Dr. Hussain diskutierte mit dem Leiter der Amtshandlung und ging dann mit diesem in einen rückwertigen Raum der Abfertigungshalle. [...] Kurze Zeit darauf erschien auch Dr. Hussain und zeigte sich bedrückt.“ Bericht, 29.7.1981. AdR, BMfI 46.0005/83.

<sup>178</sup> Al Fatah Morgana, in: *profil* Nr. 32 (1981), 12-16.

<sup>179</sup> Interview mit Erwin Lanc, 17.4.2009.

<sup>180</sup> Dieter Kindermann, Lanc: Abberufung des PLO-Vertreters in Wien, in: *Kronen Zeitung*, 3.8.1981.

<sup>181</sup> Zu Ghazi Hussein langte am 26. April 1979 eine Anfrage ungarischer Sicherheitsorgane beim MfS ein: „Ghazi reist häufig nach Budapest und sucht dort den syrischen Botschafter auf.“ In der letzten Zeit habe er sich außerhalb der Botschaft mit einem der Spionage verdächtigen Diplomaten sowie einer weiteren verdächtigen Person getroffen. „Wir bitten Sie, unseren Organen Ihnen eventuell vorliegende Angaben zu Dr. Ghazi, Hussein zu übermitteln, besonders hinsichtlich seiner politischen Haltung und einer möglichen Spionagetätigkeit.“ Ersuchen der ungarischen Sicherheitsorgane zu Dr. Hussein, Ghazi, 15.6.1979. BStU, MfS Abt. X Nr. 206 Teil 2: 1 von 2, Bl. 144. Die Abteilung X des MfS erwähnte intern, dass Hussein „zu einem früheren Zeitpunkt“ in der DDR Ökonomie studiert hatte und „mit einer DDR-Bürgerin“ verheiratet sei, winkte aber hinsichtlich einer geheimen Tätigkeit ab: „Nach vorliegenden Kenntnissen erfolgt seine jetzige Tätigkeit in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der syrischen Botschaft in Wien. Angaben bzw. Erkenntnisse über eine eventuelle Spionagetätigkeit liegen nicht vor.“ Telegramm 26.4.1979. *Ibid.*, Bl. 134.

<sup>182</sup> Der Helfer des Terrors saß in Wiens PLO-Büro, in: *Kurier*, 22.9.1981.

<sup>183</sup> Harald Imberger, *Nelkenstrauß ruft Praterstern. Am Beispiel Österreich: Funktion und Arbeitsweise geheimer Nachrichtendienste in einem neutralen Staat* (Wien 1981), 15.

<sup>184</sup> Amry an Kreisky, 7.7.1981. StBKA, VII.4 Nahost/PLO/Terror (Abu Nidal).

<sup>185</sup> Frangi, *Gesandte*, 245f.

<sup>186</sup> Am 12. April 1983 notierte Minister Staribacher in sein Tagebuch: „Der Mord am Palästinenser Sartawi, ein persönlicher Freund, hat Kreisky hart getroffen, diesen schätzt er wegen seiner unglaublich sauberen Gesinnung [...] er ist wirklich unersetzbar. [...] Arafat hat jetzt eine ungeheure Schwächephase, Kreisky fürchtet, dass die Radikalen jetzt Führungskräfte übernehmen werden oder dass [...] Arafat eine radikalere Gangart zugestehen muss.“ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 12.4.1983, Rechtschreibfehler korrigiert.

<sup>187</sup> Alan Hart, *Arafat. Terrorist or Peacemaker?* (London 1987), 393f.

<sup>188</sup> Bruno Kreisky, Ein Führer, der keiner werden konnte, in: *profil* Nr. 46 (1983), 38-44.

<sup>189</sup> In einer Ministerratsvorbesprechung am 2. Februar 1982 stellte Kreisky bezüglich der Abu-Nidal-Organisation fest: „[...] dies ist eine Agentenruppe, die auch dem irakischen und syrischen Geheimdienst zur Verfügung steht und mit sowjetischen Waffen ausgestattet ist. Auch in Budapest und Prag in den Ausbildungslagern soll es Abu Nidal-Leute geben. In Hinkunft wird man Visa von Arabern nur auf Empfehlung von offiziellen Stellen ausstellen. Auch die Araber in Österreich, die echte und treue Palästinenser sind, werden diesen Außenseitern größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Sonst kann es zu Massenausweisungen

aus Österreich kommen. Abu Nidal-Leute sollten am besten der PLO nach Beirut ausgeliefert werden, davor haben sie die größte Furcht, weil die meisten von ihnen dort entsprechend hart verurteilt werden.“ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 2.2.1982, Rechtschreibfehler korrigiert. 1986, kurz nach dem Anschlag am Flughafen Schwechat, verwies Kreisky gegenüber US-Journalisten auf die Rolle Syriens im internationalen Terrorismus: „Wenn es allerdings Abu Nidal als Person wirklich gibt, wohnt er in der Nähe von Damaskus. Ich sage: „wenn es Abu Nidal gibt“, weil um seine Person viel spekuliert wird. Vor einigen Jahren äußerte ich in Damaskus den Wunsch, Abu Nidal zu sehen und erhielt eine positive Antwort. Zum vereinbarten Zeitpunkt kamen jedoch zwei seiner Stellvertreter zu mir. Auf meine erstaunte Reaktion erklärten sie mir: „In unserer Bewegung bedeuten Namen nichts.““ Kreisky wollte nicht einmal glauben, dass Abu Nidal hinter dem Flughafenanschlag steckt: „Am wahrscheinlichsten ist es daher meiner Ansicht nach, dass neoanarchistische Elemente, die sich des Namens Abu Nidal bedienen haben, für die Anschläge verantwortlich sind.“ Bemerkungen zu Fragen des internationalen Terrors und der Situation im Nahen Osten, 15. und 16.1.1986. StBKA, I.9 Interviews, Box 19/1986.

<sup>190</sup> Peter Gnam, Samstag am Stephansplatz, in: Kronen Zeitung, 1.9.1981.

<sup>191</sup> „Ich weiche nicht der Gewalt“, in: profil Nr. 36 (1981), 28-31.

<sup>192</sup> Bemerkungen zu Fragen des internationalen Terrors und der Situation im Nahen Osten, 15. und 16.1.1986. StBKA, I.9 Interviews Box 19/1986.

<sup>193</sup> Schenk, *Chef*, 341.

<sup>194</sup> Information, 30.4.1979. BStU, MfS – HA XXII Nr. 19419, Bl. 134-148, hier: Bl. 135-137.